

**Wortprotokoll 23. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode****Donnerstag, 22. Januar 2026, 19.00 Uhr
im Rathaussaal**

Anwesend	36 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Eva Dal Dosso, GR Käslin, GR Keller, GR Zülle
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	Gemeinderatspräsidentin Elina Müller
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Sandy Hiller

Traktanden**Protokollgenehmigung**

1. Protokoll der Sitzung vom 13. November 2025

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Wahlen

- 2.1. Ersatzwahl in die Kommissionen

Botschaften

3. Kreditbegehren für
 - a. das Projekt "Sanierung und Erweiterung der bestehenden städtischen Verwaltungsliegenschaften" in Höhe von CHF 49'369'500, indexiert, und den
 - b. Übertrag der Parzelle 196 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen der Stadt Kreuzlingen in Höhe von CHF 1'770'000 und den
 - c. Landabtausch der Parzellen 1871, 1851 und 1477 im Austausch für die Parzellen 197 und 2420 innerhalb des Verwaltungsvermögens und die

- d. Aufhebung des Kreditbeschlusses gemäss Volksabstimmung vom 27. November 2016 für das "Gesamtprojekt Neubau eines zentralen Stadthauses, Bau einer Tiefgarage und Neugestaltung der Festwiese" (Projekt "Schlussstein")
zuhanden der Volksabstimmung
4. Genehmigung der Erhöhung des jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrags von CHF 380'000.– um CHF 220'000.– auf total CHF 600'000.– (indexiert) für die kommenden 10 Jahre an die drei Institutionen Seemuseum, Museum Rosenegg sowie Bodensee Planetarium und Sternwarte zuhanden der Volksabstimmung

Motionen

5. Motion Förderung von erneuerbarer Energie und Energielösungen auf Gemeindegebiet / Begründung

Postulate

6. Postulat Eigenleben der Energie Kreuzlingen / Begründung
7. Postulat Errichtung eines mobilen Soccer Courts im Seeburgpark / Begründung

Interpellationen

8. Interpellation mehr Sicherheit im Rad- und Fussverkehr / Begründung
9. Interpellation Prüfung einer Vorverschiebung des Kreuzlinger Jahrmarkts / Begründung
10. Interpellation Zukunft Restaurant und Biergarten Fischerhaus / Begründung

Verschiedenes

11. Schriftliche Anfrage betreffend Einführung des neuen Parkplatzregime ab dem 1. Juli 2025 / Beantwortung
12. Verschiedenes

Die Ratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur ersten Gemeinderatssitzung im neuen Jahr. Ihr seid bereits darüber informiert worden, dass unsere bisherige Weibelin Lisa Diethelm an der heutigen Sitzung nicht mehr dabei ist und durch Sandy Hiller vertreten wird. Ich möchte an dieser Stelle Lisa ganz herzlich für die zweieinhalb Jahre super Arbeit für den Gemeinderat danken. Gleichzeitig möchte ich ihre Nachfolgerin, Slavica Stella, begrüssen. Noch nicht im Amt als Weibelin, aber als Gast an der heutigen Sitzung.

Aufgrund der Abwesenheit von GR Zülle ist ein Ersatz bei den Stimmzählenden nötig. Vorgeschlagen von der MITTE/EVP-Fraktion ist GR Be Nissa.

Abstimmung

GR Be Nissa wird einstimmig für die heutige Sitzung als Stimmzählerin gewählt.

Traktandenliste

Die Ratspräsidentin stellt die Traktandenliste mit einer nachträglich traktandierten Ersatzwahl in die Kommissionen (Beilage 1) vor zur Diskussion. Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 13. November 2025

Abstimmung

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Die Ratspräsidentin: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

Entscheid

Die Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission werden genehmigt.

Die Ratspräsidentin: Ihre Gesuche werden jetzt noch vom Kanton behandelt. Bis Ihr Einbürgerungsverfahren abgeschlossen ist, kann es also nochmals eine Weile dauern. Es freut mich, dass Sie dann bei uns mitbestimmen dürfen. Ich bitte Sie darum, dieses Recht auch zu nutzen und wählen und abstimmen zu gehen. Vielleicht kandidieren Sie irgendwann sogar für die Schulbehörde oder den Gemeinderat. Wir brauchen eine aktive Stimmbevölkerung, um unsere Demokratie sichern und weiterentwickeln zu können.

Wahlen

2.1. Ersatzwahl in die Kommissionen

Die Ratspräsidentin: Aufgrund des Rücktritts von GR Cornel auf Ende Januar ist eine Ersatzwahl ins Büro des Gemeinderats notwendig. Vorgeschlagen von der FDP-Fraktion ist gemäss Tischvorlage GR Rügger.

Abstimmung

Die Ersatzwahl wird bei 1 Enthaltung genehmigt.

Botschaften

3. Kreditbegehren für

- a. das Projekt "Sanierung und Erweiterung der bestehenden städtischen Verwaltungsliegenschaften" in Höhe von CHF 49'369'500, indexiert, und den
- b. Übertrag der Parzelle 196 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen der Stadt Kreuzlingen in Höhe von CHF 1'770'000 und den
- c. Landabtausch der Parzellen 1871, 1851 und 1477 im Austausch für die Parzellen 197 und 2420 innerhalb des Verwaltungsvermögens und die
- d. Aufhebung des Kreditbeschlusses gemäss Volksabstimmung vom 27. November 2016 für das "Gesamtprojekt Neubau eines zentralen Stadthauses, Bau einer Tiefgarage und Neugestaltung der Festwiese" (Projekt "Schlussstein")
zuhanden der Volksabstimmung

Eintreten ist unbestritten.

GR L. Dal Dosso: Ich darf als Co-Kommissionspräsident der gemeinsamen Sitzung der Kommissionen Gesellschaft, Kultur und Sport sowie Bau und Umwelt berichten. Wir haben die Botschaft "Sanierung und Erweiterung der städtischen Verwaltungsliegenschaften" in einer rund vierstündigen, spannenden Sitzung intensiv vorberaten. Ich orientiere mich in meiner Zusammenfassung bewusst am Ablauf der Kommissionsberatung und bitte bereits vorab um Verständnis, wenn ich hier nicht alle Wortmeldungen erwähnen kann, sondern die zentralen Diskussionspunkte herausgreife. Zu Beginn war in der gemeinsamen Kommissionssitzung schnell klar, Eintreten ist unbestritten. Die heutige Situation der städtischen Verwaltungsliegenschaften ist langfristig nicht tragfähig. Mehrere alte Gebäude, fehlende Barrierefreiheit, Defizite beim Brandschutz und der Energieeffizienz, fehlende Warteräume und diskrete Gesprächsmöglichkeiten und eine Verwaltung, die auf verschiedene Standorte verteilt ist. Und trotz Digitalisierung gibt es weiterhin sehr viele persönliche Kontakte.

Gerade bei hochfrequentierten Schaltern ist der Bedarf unverändert hoch. Zum Projekt: Nach der Annahme der Initiative zur Freihaltung der Festwiese wurde ein neuer, breit abgestützter Prozess gestartet. Standorte wurden geprüft, Varianten verglichen, Wettbewerbe durchgeführt sowie Fachstellen und Denkmalpflege früh einbezogen. In der Kommission wurde anerkannt, dieser Weg war seriös, professionell und nachvollziehbar. Beim Raumprogramm ging es um funktionale Fragen, etwa um die Bündelung hochfrequentierter Schalter im Erdgeschoss, um eine klare Trennung von Öffentlichkeit und Verwaltung und um die Rolle des Rathauses. Hier gab es Rückfragen, aber keine grundsätzliche Ablehnung. Diskutiert wurden auch die Flächenreserven. Es wurde angeregt, diese bei Bedarf temporär zu vermieten. Das wurde vom Stadtrat als denkbar bezeichnet. Der erste wirklich kritische Punkt war der Kauf des Schlemmerzentrums. Diskutiert wurden der hohe Kaufpreis, der tiefere Verkehrswert und die Überführung ins Verwaltungsvermögen. Mehrere Voten hielten fest, das war politisch heikel. Gleichzeitig war ebenso klar, ohne dieses Grundstück ist das Projekt nicht realisierbar. Die Mehrheit der Kommission beurteilte den Kauf als strategisch notwendig, aber mutig und erklärungsbedürftig in der Volksbotschaft. Direkt im Anschluss folgte die Diskussion über den Landabtausch mit der Firma Häberlin. Der Tenor war, das Geschäft ist komplex, aber rechtlich sauber und nachvollziehbar. Die Stadt kann die betroffenen Parkplätze und Liegenschaften bis 2030 weiter nutzen. Eine Verzögerung des Projekts wurde angesprochen mit der Notwendigkeit, diese auch nach 2030 zu nutzen. Hier verwies der Stadtrat auf das sehr gute Verhältnis zur Firma Häberlin, und dass man in diesem Fall sicher eine Lösung finden werde. Ein weiterer intensiver Diskussionspunkt war die Parkierung. Konkret ging es um den Verzicht auf ein zweites unterirdisches Parkdeck. Dieser Verzicht wurde mit sehr hohen Mehrkosten, zusätzlichen technischen Anforderungen, Eingriffen in den Grundwasserspiegel und möglichen Altlasten begründet. Die Kosten hätten bis zu CHF 5 Mio. betragen, was kein Verhältnis zum Nutzen darstellen würde. Auch auf die geplante Tiefgarage auf der Festwiese wurde eingegangen und warum sie nicht auch Gegenstand der Botschaft ist, wie dies bei der Volksbotschaft Schlusstein der Fall war. Der Konsens war klar: Die Abgrenzung ist sachlich richtig, da es für so ein Projekt noch zu viele Unwägbarkeiten gibt. Dies muss aber in der Volksbotschaft transparent erklärt werden. Die Sanierung des Hauses Sallmann war ebenfalls ein Schwerpunkt. Kritisch hinterfragt wurden die Investitionskosten von rund CHF 11 Mio. und die Frage eines separaten Standorts. Die Mehrheit der Kommissionen kam zum Schluss, die Sozialen Dienste profitieren vom eigenen Standort, und der Persönlichkeitsschutz der Klientinnen und Klienten spielt dabei eine zentrale Rolle. Zudem handelt es sich um eine historisch wertvolle städtische Liegenschaft, in die bereits viel investiert wurde und die aus Sicht der Stadt im Eigentum verbleiben soll. Mit dieser Investition könne der bestehende Bau, aber auch die Scheune auf den aktuellen Stand gebracht und die Nutzfläche wesentlich erhöht werden. Für andere Verwendungsmöglichkeiten müsste man übrigens auch relativ viel investieren. Ein politisch sensibler Punkt war der Umgang mit den freierwerdenden Liegenschaften, obwohl dies streng genommen nicht Gegenstand der Vorlage ist. Diskutiert wurden der Verkauf, ein Baurecht als Alternative oder der Verbleib im Besitz der Stadt. Die Meinungen gingen selbstverständlich auseinander. Ein Punkt war jedoch unbestritten: Die Entscheidung darüber liegt beim Gemeinderat. Die Kommission regte an, dies in der Volksbotschaft klar festzuhalten. Eine grosse Diskussion entstand bei der Frage, was bei einem Nein des Volks passiert. Gegen Ende der Beratung hat sich die Diskussion intensiv auf diese Frage konzentriert. Rechtlich ist die Situation klar: Der Kreditbeschluss von 2016 zum Projekt Schlusstein würde gültig bleiben. Das bedeutet, der Stadtrat dürfte dieses Projekt grundsätzlich weiterhin umsetzen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Anpassungen an die heutigen Vorschriften und die Teuerung den Projektkredit nicht wesentlich verändern würden. Und genau hier beginnt die politische Unsicherheit. Denn klar ist auch, ein Projekt, das vor rund zehn Jahren geplant wurde, kann nicht einfach unverändert aus der Schublade gezogen werden. Verschiedene Bauvorschriften und nicht zuletzt die Kosten haben sich seither verändert. Politisch wurden deshalb zwei realistische Wege diskutiert. Erstens eine Umsetzung des Projekts Schlusstein in angepasster Form mit allen damit verbundenen rechtlichen, finanziellen und politischen Abklärungen, oder zweitens eine neue Auslegeordnung mit neuen Varianten, neuen Kostenschätzungen und weiteren Verzögerungen. Beide Wege sind mit Unsicherheiten verbunden, beide Wege kosten Zeit und beide Wege bergen das

Risiko zusätzlicher Mehrkosten. Der Tenor in der Kommission war deshalb klar: Ein Nein führt nicht automatisch zu einer besseren Lösung, sondern sehr wahrscheinlich zu einem neuen politischen Prozess mit offenem Ausgang und ohne Garantie, dass am Ende eine günstigere, schnellere und besser akzeptierte Lösung steht. Lassen Sie mich zum Schluss noch eine kurze Würdigung aus Sicht der Kommission vornehmen. Die gemeinsame Kommission hat diese Botschaft kritisch, intensiv und über viele Stunden hinweg diskutiert. Es wurden schwierige Fragen gestellt zu Grundstücksgeschäften, zur Parkierung, Alternativen, zu den Kosten – vor allem für das Haus Sallmann –, zur Finanzierbarkeit und zu den politischen Risiken. Nicht alle Punkte wurden gleich beurteilt und nicht alle Diskussionen waren konfliktfrei. Aber die Kommission hat anerkannt, dass diese Vorlage das Resultat eines langen, breit abgestützten und fachlich soliden Prozesses ist. Sie schafft eine tragfähige Antwort auf einen unbestrittenen Handlungsbedarf und leistet einen substanziellen Beitrag zur Zentrumsentwicklung. Sie respektiert frühere Volksentscheide und versucht, die unterschiedlichen Interessen und Gesichtspunkte so ausgewogen wie möglich zusammenzuführen. Aus diesen Gründen hat sich die Mehrheit der Kommission dafür ausgesprochen, das Projekt zu unterstützen. Die Botschaft wurde mit 14 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

GR Schindler: Wir von der SVP-Fraktion möchten zuerst festhalten, dass das vorliegende Projekt zur Sanierung und Erweiterung der bestehenden städtischen Verwaltungsliegenschaften fachlich sauber ausgearbeitet, nachvollziehbar und planerisch überzeugend ist. Trotzdem steht die SVP-Fraktion dem Projekt sehr zurückhaltend gegenüber. Unsere Vorbehalte liegen vor allem im finanziellen Bereich. Die Stadt steht bereits heute vor zahlreichen grossen und kostenintensiven Vorhaben. In der Gesamtschau sprechen wir von Investitionen in einer Höhe, die uns zunehmend Sorgen bereitet. Auch dieses Projekt bedeutet trotz seiner Qualität eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung. Wir sind klar der Meinung, dass sich die Stadt in der heutigen Zeit Zurückhaltung auferlegen muss. Die wirtschaftliche Lage ist unsicher, Unternehmen stehen unter Druck oder wandern sogar ab, und viele Bürgerinnen und Bürger haben mit steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Ein Vergleich aus dem Alltag verdeutlicht unsere Haltung: Ein privater Haushalt kann kein Haus bauen oder kaufen, wenn die finanziellen Mittel fehlen. Fehlende Mittel lassen sich nicht einfach mit höheren Einnahmen kompensieren. Die öffentliche Hand hingegen hat diese Möglichkeit über Steuererhöhungen. Genau diese Entwicklung wollen wir vermeiden. Hinzu kommt ein politischer Kontext, der für unsere Fraktion von Bedeutung ist. Die SVP-Fraktion hat das Projekt Schlusstein damals unterstützt. Bei der Volksabstimmung zur Initiative zur Freihaltung der Festwiese beim Bärenplatz haben wir uns aber gegen die Initiative ausgesprochen. Wäre das Projekt Schlusstein damals nicht bekämpft worden, würde heute sehr wahrscheinlich bereits ein Stadthaus inklusive Tiefgarage am Bärenplatz stehen. Die heutige Ausgangslage ist deshalb besonders unbefriedigend. Es gibt faktisch keine echte Wahlmöglichkeit. Lehnt das Stimmvolk den Kreditbeschluss für das vorliegende Projekt ab, tritt gemäss Gutachten von RA Dr. Goran Seferovic aus dem Jahr 2021 automatisch der frühere Kreditbeschluss über CHF 47.5 Mio. für das Projekt Schlusstein wieder in Kraft. Dieses Projekt umfasst den Neubau eines zentralen Stadthauses sowie die Neugestaltung der Festwiese. Ob dieses Projekt heute noch vollständig und sinnvoll umgesetzt werden kann, ist unklar. Klar ist aber, dass der damalige Kreditrahmen inklusive Teuerung eingehalten werden müsste, obwohl einzelne Projektbestandteile heute vermutlich nicht mehr zeitgemäss oder politisch gewünscht sind. Ob und in welcher Form auf dem Bärenplatz künftig eine Tiefgarage realisiert wird, ist momentan offen. Ebenso ist unklar, welche konkreten Anpassungen der Stadtrat im Rahmen des bestehenden Kreditbeschlusses vornehmen würde. Einen klaren politischen Grundsatzentscheid hätten wir uns im Vorfeld gewünscht. Eine Ablehnung des vorliegenden Projekts hätte zusätzlich neue Planungskosten, weitere Verzögerungen und beträchtliche Unsicherheiten zur Folge. All das verursacht weitere Kosten, ohne dass zwingend eine bessere oder günstigere Lösung erreicht wird. Die SVP-Fraktion kommt deshalb zum Schluss, dass sich das vorliegende Projekt in einem Spannungsfeld zwischen planerischer Vernunft und finanzieller Verantwortung bewegt. Wir anerkennen die Qualität des Projekts, halten aber fest, dass die finanziellen Auswirkungen für unsere Fraktion sehr schwerwiegend sind. Für uns ist klar, unabhängig vom heutigen Entscheid müssen die städtischen Liegenschaften und Grundstücke konsequent überprüft werden. Was nicht zwingend gebraucht wird, soll verkauft

oder mindestens im Baurecht abgegeben werden. Nur so lassen sich Investitionen teilweise refinanzieren und der finanzielle Druck reduzieren. Diese Diskussion werden wir, wie von STP Niederberger angekündigt, in absehbarer Zeit im Gemeinderat führen. Zusammenfassend hält die SVP-Fraktion fest, wir wollen keine Steuererhöhungen und kein zusätzliches finanzielles Risiko zulasten der Bevölkerung. Die heutige Vorlage beurteilen wir deshalb äusserst kritisch und mit grosser Zurückhaltung. Die SVP-Fraktion lehnt die Botschaft grossmehrheitlich ab.

GR R. Herzog: Die SP hat ursprünglich das Projekt Schlusstein stets unterstützt. Jetzt liegt ein neues Projekt mit einer komplexen Abstimmungskaskade vor. Wir kennen alle die jahrzehntelange Geschichte und Leidensgeschichte der städtischen Verwaltungsliegenschaften. Die aktuelle Situation ist aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet alles andere als optimal. Das Wachstum der Stadt rein demografisch gesehen, aber die auch zunehmend auf die Gemeinde zukommenden Aufgaben, die zudem immer komplexer werden, rufen nach einer langfristigen Lösung. Die SP ist dezidiert der Meinung, dass die Angestellten der Stadt angemessene Arbeitsplätze verdienen, um ihre nicht immer ganz einfache Arbeit wahrnehmen zu können. Das Gleiche gilt übrigens auch für uns alle als Kundinnen und Kunden der Stadtverwaltung, sei es im Zusammenhang mit Steuern, dem Einwohneramt oder sonst irgendetwas. Wir alle haben Anspruch auf einen barrierefreien Zugang zu den verschiedenen Ämtern, auf die nötige Diskretion bei persönlichen Angelegenheiten, wenn es gewünscht ist, auf eine gute Erreichbarkeit in zudem energetisch vorbildlichen Gebäuden. Das vorliegende Projekt überzeugt unsere Fraktion auch architektonisch. Dass neben dem Standort Hauptstrasse auch der Standort Haus Sallmann erhalten und ausgebaut wird, ist einerseits räumlich und platzmässig den Gegebenheiten geschuldet und nötig, bringt aber auch funktionale Vorteile im Hinblick auf die nötige Diskretion bei gewissen Behördengängen. Vieles überzeugt also unsere Fraktion und gefällt uns am vorliegenden Alternativprojekt. Eine genaue Analyse der Kosten, auch im Vergleich zum damaligen Projekt Schlusstein lässt aus unserer Sicht folgende Schlüsse zu: 2016 rechnete man mit CHF 47.5 Mio. für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes inklusive Gestaltung Festwiese und Bau der Tiefgarage. Die Aktualisierung dieser Zahlen unter Berücksichtigung der höheren Mehrwertsteuer, Baukostenteuerung und mit einer Erhöhung der Reserven von 5 % auf 15 % ergeben Baukosten von rund CHF 59 Mio. Was hätten wir mit dem ursprünglichen Projekt bekommen? Ein komplettes Verwaltungsgebäude, ein kompletter Neubau, eine gestaltete Festwiese und eine Tiefgarage. Die bisherigen Verwaltungsliegenschaften an der Marktstrasse/Hauptstrasse/Sallmannsches Haus hätten ihren Wert behalten und wären weiterhin in städtischer Hand. Dem steht jetzt das neue Projekt gegenüber, welches mit Kosten in der Grössenordnung von CHF 49.4 Mio. rechnet. Was werden wir für diese CHF 49.4 Mio. erhalten? Eine sanierte Liegenschaft Sallmannsches Haus, eine sanierte Liegenschaft Hauptstrasse, eine Erweiterung der Liegenschaft Hauptstrasse mit einer kleinen Tiefgarage, aber keine grosse Tiefgarage und keine Gestaltung der Festwiese. Für diese beiden Positionen hätte man 2016 insgesamt CHF 14.5 Mio. vorgesehen gehabt. Es öffnet sich also eine beträchtliche Diskrepanz im Hinblick darauf, was wir für diese Investitionskosten bekommen würden. Ein komplettes neues Verwaltungsgebäude, eine Tiefgarage und eine gestaltete Festwiese – oder eben nicht. Das hat in unserer Fraktion zu einer sehr angeregten Diskussion geführt. Letztlich stellt sich in dieser Situation immer die gleiche Frage: Ist es uns das wert? Unsere Fraktion ist dabei zu folgendem Schluss gekommen: Das vorliegende Projekt überzeugt inhaltlich. Der Ort an der Hauptstrasse ist der richtige Ort für ein Verwaltungsgebäude, zudem eine räumliche Trennung vom Departement Soziale Dienste im Sallmannschen Haus, ebenfalls sinnvoll aus unserer Sicht. Die Kosten sind dann für uns vertretbar, wenn das Projekt zum Ausgangspunkt für eine echte Zentrumsgestaltung wird. Davon ist leider in der Botschaft aber nichts Konkretes zu lesen. Was gehört für uns dazu? Verkehrsplanung, Gestaltung und Nutzung Boulevard, die Chancen der verfügbaren Liegenschaften nutzen, zum Beispiel ehemaliges Kino Bodan für eine moderne Stadtbibliothek oder Ähnliches. Das Projekt ist teuer, da sind wir uns alle einig. Es kann aber der Anfang einer echten inneren Zentrumsgestaltung und Entwicklung darstellen. Nein, es muss das darstellen. In dieser Erwartung, und es ist keine Hoffnung, sondern eine klare Erwartung, ja sogar eine Forderung an den Stadtrat, wird unsere Fraktion dem Projekt mehrheitlich zustimmen. Darüber hinaus lehrt uns dieses Projekt aber einiges ganz deutlich. Wie oder wieso ist dieses Projekt jetzt überhaupt möglich geworden,

nachdem man beim Entscheid zum Schlussstein noch zur Überzeugung kam, dass am jetzigen Standort für eine Verwaltungsliegenschaft nicht genug Platz zur Verfügung steht? Wieso ist es jetzt also trotzdem möglich? A, weil die Stadt die Liegenschaft Sallmann besitzt und nicht aus der Hand gegeben hat, B, weil die Stadt die Parzelle mit den Parkplätzen an der Marktstrasse, die jetzt für ein Tauschgeschäft genutzt werden kann, besitzt und früher nicht verkauft hat. Ohne diese Parzelle kein Tausch, ohne Tausch kein Projekt. C, dass einen der Kauf einer Liegenschaft, wenn man sie dringend braucht, Stichwort Schlemmerzentrum, sehr teuer zu stehen kommen kann. Wenn man es vorher schon besitzt, wäre es günstiger gewesen. Es wurde vorhin erwähnt, wir bezahlen einen stolzen Preis, rund CHF 2 Mio. über dem Verkehrswert für die Liegenschaft Schlemmerzentrum, aber wir haben gar keine andere Wahl. Das zeigt auf, wie man quasi erpressbar wird, wenn man darauf angewiesen ist, Liegenschaften oder Parzellen kaufen zu müssen. Diese Beispiele müssen uns aufzeigen, wie mit Liegenschaften im Besitz der Stadt vorzugehen ist. Sind sie einmal verkauft – aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen –, kann sich das sehr schnell bitter und teuer rächen. Wir hoffen sehr, dass der Stadtrat aus diesen Beispielen die richtigen Lehren zieht.

GR Bitschnau: Die FL/Grüne/GLP-Fraktion hat die Botschaft intensiv diskutiert. Dabei möchte ich kurz die für uns wichtigsten Punkte herausstreichen. Der hochbepreiste, strategische Kauf des Schlemmerzentrums liegt in der Vergangenheit, lässt sich nicht mehr ändern, war notwendig und ist somit für unsere Fraktionsmeinung irrelevant. Der Landabtausch mit der Firma Häberlin, der zwingend nötig ist, ist von unserer Seite her ebenfalls unbestritten und somit zur Kenntnis genommen. Im Weiteren sind wir schon gespannt auf zukünftige Diskussionen bezüglich der meisten alten Verwaltungsliegenschaften, die mit der Realisierung dieses Projekts nicht mehr gebraucht werden. Denn ob sie von der Stadt weiterverwendet, vermietet, im Baurecht vergeben oder verkauft werden, kann der Gemeinderat dann in zukünftigen Sitzungen bestimmen. Die Ausgestaltung des Neubaus überzeugt uns. Man hat sich sehr viel überlegt: eine Tiefgarage an zentraler Lage, die am Wochenende von der Öffentlichkeit genutzt werden kann, anständige Veloparkplätze, ein Café und ein schöner Vorplatz, die das neue Stadthaus zu einem einladenden Ort zum Verweilen machen. Eine nachhaltige Bauweise inklusive PV-Anlagen und langfristige Möglichkeiten für einen Zusatzbau bei Bedarf. Für eine kurz- bis mittelfristige Reserve ist ebenfalls gesorgt. Das Haus Sallmann hat bei uns einiges zu reden gegeben. Einerseits ging es um die Kosten, die mit CHF 11 Mio. einen grossen Anteil des Betrags in dieser Botschaft ausmachen. Sobald man etwas umbaut, was denkmalgeschützt ist, wird es halt schnell einmal ein bisschen teurer. Wir haben auch über die Rolle der Stadt beim Erhalt von historischen Bauten gesprochen. Was wir hier haben, ist ein Bijou, und dank der bestehenden Besitzverhältnisse können wir sicherstellen, dass es eines bleibt und unsere Stadt ein bisschen schöner macht. Dazu kommt noch, dass einige der Massnahmen zwingend umgesetzt werden müssen, weil Vorgaben im Bereich Barrierefreiheit, Energie und Brandschutz nicht erfüllt sind. Ich komme zu unserem Fazit: Auch wenn uns nicht jedes Detail am vorliegenden Bauprojekt gefällt, sind für unsere Zustimmung folgende Faktoren entscheidend: Die Investition kommt früher oder später. Endloses Hinausschieben macht unser Vorhaben aufgrund stetig steigender Baukosten nicht günstiger. Natürlich wäre es schön, wenn wir schon ein bisschen mehr Rücklagen für die Finanzierung hätten, damit unser Finanzplan nicht so darunter leidet, aber ewiges Warten ist auch keine Option. Die zur Verfügung stehenden Flächen und Liegenschaften an zentraler Lage sind mit dem vorliegenden Projekt sehr gut genutzt. Die Auslagerung der Sozialen Dienste an einen separaten Ort ist sinnvoll und mit dem Sallmannschen Haus praktikabel und umsetzbar. Das Gesamtprojekt hat unsere Fraktion überzeugt. Obwohl wir auch ein paar Details gefunden haben, die uns nicht so gefallen, finden wir es an dieser Stelle wichtig, dass Grosse und Ganze nicht aus den Augen zu verlieren.

GR Leuch: Wie viel Zeit wurde für Planungen, Sitzungen, Vorbereitungen und Abstimmungen verbraten? Die Kosten dafür kann man kaum beziffern. Den Weg zu dieser Vorlage heute Abend kann man wirklich als historisch bezeichnen. Ich vergleiche es mit einem Marathonlauf und vor allem mit dem Durchhaltewillen, den es für einen Marathonlauf braucht. Es geht aber nicht um Kilometer, sondern um Jahre. Wenn wir annehmen, dass ein Marathonläufer Runden läuft, ist er am Schluss 105 Mal im Kreis gelaufen. Ich denke, diese 40 Jahre Auf und Ab, die wir nun hatten, passen irgendwie dazu. Kreisen an Ort. Heute geht es um etwas Wesentliches, heute geht es um das Gesicht von

Kreuzlingen. Ein Gesicht für die Zukunft, welches die Vergangenheit nicht vergisst. Zeugen der Vergangenheit sollen hervorgehoben werden, um so auch Identität zu schaffen. So soll und wird Kreuzlingen erkannt werden. Zwei historische Gebäude sanieren, was sowieso notwendig ist, dabei zwei Zeitzeugen erhalten und mit einem zweckmässigen Neubau ergänzen. Der Neubau soll nicht hervorstechen, sondern bescheiden seinen Zweck erfüllen. Also ein gelungenes Zusammenspiel von Alt und Neu. Ganz wichtig für mich und bisher noch nicht erwähnt sind die Lifte im Sallmannschen Haus. Bisher gibt es dort noch keinen Lift, man kann die Stockwerke nicht erreichen. Schlussendlich kann man dann sogar noch runter in den Narrenkeller. Auch beim Stadthaus wissen wir, die Etagen und halben Etagen sind bei diesen alten Treppen schwierig zu erklimmen. Ich denke, das ist dringend notwendig und das erreichen wir mit dieser Sanierung. Natürlich gab es in unserer Fraktion auch ein paar Tränen, mit denen man den Schlussstein ein bisschen betauern musste, aber den wollen wir heute Abend verabschieden. Nochmals zurück zum Marathonlauf mit dem Ziel vor Augen: Heute bewegen wir dieses Vorhaben in die Schlussrunde. Ein Endspurt nach 40-jährigen Bemühungen. Deshalb gibt es von der MITTE/EVP-Fraktion ein deutliches Ja zu dieser Vorlage.

GR Corneli: Wer ein Stadthaus will, muss dort bauen, wo die Menschen sind. Gut erreichbar, sichtbar und funktional. Unsere Fraktion steht hinter diesem Stadthausprojekt am Boulevard, weil es eine Zentralisierung der verschiedenen Standorte ist und für die Bevölkerung auch Sinn macht. Wir begrüßen es, dass die verschiedenen Abteilungen mit direktem Kundenkontakt ins Erdgeschoss kommen und die Administration sinnvoll auf den oberen Etagen organisiert wird. Das ist bürgernah, effizient und auch zeitgemäss. Die geplanten Liegenschaften erfüllen die Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes und ermöglichen damit einen modernen, barrierefreien Zugang. Zusätzliche Flächen können künftig flexibel genutzt und vermietet werden. Zu knapp zu bauen wäre kurzsichtig und nicht zukunftstauglich. Ja, der damalige Kaufpreis der Parzelle 196 wurde kritisiert und als sehr hoch bezeichnet. Aber er zeigt den Wert der Liegenschaft und war ein strategischer Kauf. Der vorgesehene Landabtausch mit der Firma Häberlin AG ermöglicht der Stadt jetzt eine tragfähige Lösung. Wo sind nur die Parkplätze hin – wo sind sie geblieben? Wir bedauern, dass ab 2030 noch weitere Parkplätze in der Stadt verschwinden werden – für die Öffentlichkeit und für die Mitarbeitenden der Stadt Kreuzlingen. Der Stadtrat hat uns zwar versichert, dass die Firma Häberlin mit ihrem zukünftigen Projekt an der Marktstrasse öffentliche Parkplätze berücksichtigen wird, aber es muss uns allen bewusst sein, dass wir immer mehr Parkplätze im Zentrum reduzieren, was den Detaillisten auch schadet. Egal ob Parkplätze für Verbrenner, Elektroautos oder was auch immer kommen mag, die Parkplätze sind weg. Dass eine zweistöckige Tiefgarage mit Mehrkosten von über CHF 3 Mio. ein Luxus gewesen wäre, ist uns allen klar. Das Geld wäre an der falschen Stelle ausgegeben worden. Wir möchten ein gutes Stadthaus, hochwertig aber ohne übertriebenen Schnickschnack. Die PV-Anlage deckt rund 30 % des Strombedarfs ab. Wer heute baut, muss nachhaltig bauen. Das ist mit diesem Projekt erfüllt. Wichtig ist auch, das frühere Projekt Schlussstein wurde vom Volk demokratisch angenommen und zeigt, dass grundsätzlich Rückhalt für ein Stadthaus vorhanden ist. Es muss allen Kreuzlinger Stimmbürgern aber bewusst sein, eine Ablehnung des neuen Projekts am Boulevard würde nicht einfach eine kurze Pause bedeuten, sondern zu grösseren Verzögerungen sowie unnötigen Planungs- und Steuergeldverlusten führen. Allein die Unterhaltskosten für die bestehenden Altbauten und allfälligen Anpassungen an neue Gesetze – denke man an die ständig ändernden Brandschutzgesetze – würden sehr viel Geld kosten. Es ist unklar, wie nach einem Nein konkret weiter vorgegangen werden könnte. Und genau das wurde in unserer Fraktion vertieft diskutiert. Zwar hat das Volk 2016 einem Baukredit zugestimmt, und ein Gutachten aus 2021 hält fest, dass dieser Entscheid grundsätzlich weiterhin gültig sein könnte. Doch die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen haben sich geändert. Aus CHF 47 Mio. werden aktuell indiziert schnell CHF 55 Mio. Zudem wurde das Baureglement angepasst und frühere Projekte müssen neu geprüft werden. Das kostet Zeit, Geld und Nerven, ohne Garantie, dass am Ende, vermutlich nach weiteren zehn Jahren, etwas Besseres herauskommt. Deshalb sagen wir, jetzt ist der Moment, das Stadthausprojekt umzusetzen. Das Rathaus ist im Raumprogramm bewusst nicht enthalten, weil es beispielsweise für Sitzungen des Gemeinderats sehr gut passt. Es gehört nicht in die Diskussion zu dieser Vorlage. Für unsere Fraktion ist ebenfalls klar, dass der Umgang mit städtischen

Altliegenschaften nicht Teil der Botschaft ist und in separaten Vorlagen behandelt werden muss. Lasst uns diese Themen nicht vermischen, auch wenn durch einen allfälligen Verkauf wieder viel Geld in die Stadtkasse gespült werden könnte. Die Abstimmung in unserer Fraktion zeigt die klare Richtung: 5 Ja-Stimmen gegen 2 Enthaltungen. Die FDP-Fraktion ist mehrheitlich überzeugt, das Stadthaus ist richtig, machbar, notwendig und verdient unsere Zustimmung.

GR Schulthess: Eingangs muss man sich nochmals wundern, dass das Projekt Schlussstein nicht längst gebaut ist. Hätte man sich seitens der Stadt ans eigene Baureglement gehalten, würde es stehen. Das Baureglement war bekannt und würde für uns alle gelten. Für das neue Projekt gibt es aber generelle Vorbehalte. Immer grössere Verwaltungen, immer grössere Verwaltungsgebäude werden typischerweise nicht effizienter, sondern verursachen höhere Kosten, mehr Koordinationsaufwand und mehr Bürokratie. Dafür gibt es unzählige Beispiele. Immer mehr Hierarchieebenen, immer mehr Kommunikationsaufwand, Schnittstellen, Checklisten, Formulare, Richtlinien. Mit meiner libertären Grundhaltung ist ein neuer Verwaltungsbau nicht vereinbar. Nach meiner Ansicht wollen die Kreuzlinger auch nicht in ein Stadthaus, sondern sie gehen aus irgendeinem bürokratischen Grund dorthin, weil sie irgendetwas von der Stadtverwaltung wollen. Wenn sie zu den Behörden müssen, interessieren sie auch nicht Sachen, die in der Botschaft genannt sind, wie Aufenthaltsqualität auf dem Vorplatz oder die energetische Bauweise oder Diskretion am Schalter. Sondern sie interessieren sich für Öffnungszeiten. Sie wollen nicht jeden Tag bereits um 11:30 Uhr vor verschlossenen Türen stehen, wie das jetzt der Fall ist. Sie wollen kurze Warte- und Bearbeitungszeiten, sie wollen möglichst rasch Termine haben, sie wollen transparente Fristen, Statustracking von Gesuchen, Vermeidung von Mehrfachwegen, doppelter Datenerfassung, Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, gut erreichbare Beschwerdestellen, schnelle Reaktion, faire Prüfung und Rückmeldung, Partizipation in Form von Dialogformaten, Bürgerbeteiligung und dass man die Prozesse, die man in der Verwaltung macht, aus der Sicht des Bürgers denkt. Lebenslagenorientiert, zum Beispiel Lebenslage Heirat, Lebenslage Geburt, Lebenslage Bauen usw. All die Sachen, die ich aufgezählt habe, haben nichts mit einer vergrösserten Verwaltung und nichts mit dem Bau eines Verwaltungsgebäudes zu tun, sondern die würde man besser mit einer verkleinerten, digitalisierten und vereinfachten Verwaltung erreichen. Am Schluss steht auf der Wunschliste der Kreuzlinger für ihr hart erarbeitetes Geld nicht ein Stadthaus. Wenn man draussen 100 Leute fragt, sagen die, ich hätte gern eine Liegenschaft, ich hätte gern ein Segelschiff, ein Auto oder was auch immer, aber ein Stadthaus würden sie sicher nicht aufzählen. In der Botschaft steht, das Stadthaus ist Zentrumsentwicklung. "Das Kreuzlinger Zentrum wird für die Bevölkerung und das Gewerbe aufgewertet und es wird die Identität des Zentrums stärken." Also ehrlich, wenn ein Verwaltungsneubau das Zentrum für das Gewerbe aufwertet, wenn ein Verwaltungsneubau die Identität unserer Stadt bildet, dann sind wir eine traurige Stadt. Andernorts ist es ein Eiffelturm oder Ähnliches. Bürokratie beginnt genau hier und heute bei dieser Abstimmung und sollte genau auch hier eingehagt werden. Daher ein Nein zu diesem neuen Verwaltungsbau. Und wenn keine Rückweisung aus einer Fraktion kommt, werde ich diesen Antrag nach der materiellen Beratung stellen.

GR Knöpfli: Bei der Geschichte rund um die geplanten Stadthäuser in Kreuzlingen fallen mir zwei Lieder aus der deutschen Sportwelt ein. Aber keine Angst, ich beginne jetzt nicht zu singen. Wenn nicht jetzt, wann dann? Wenn nicht hier, sag mir wo und wann? Damals ging es an einer Weltmeisterschaft im eigenen Land um einen möglichen ersten Weltmeisterschaftstitel im Handball. Und das zweite: 54, 74, 90, 2010. Es ging um einen möglichen vierten Weltmeistertitel im Fussball. Die Botschaften zu diesen Stadthäusern haben einfach andere Jahreszahlen. Aus Diskussionen in Sitzungen und andernorts glaube ich feststellen zu können, dass das vorliegende Projekt und auch der Standort als gut bis sehr gut betrachtet wird und auf jeden Fall besser als der Schlussstein. Speziell auch der wirklich zentrale und definitiv aufwertende neue Standort am Boulevard. Das Projekt wird als überzeugend und durchdacht wahrgenommen und der Bedarf ist sowieso seit vielen Jahren ausgewiesen. Das bewegt mich dazu, beliebt zu machen, sich voll und ganz hinter diese Botschaft zu stellen und (parteiliche) Scharmützel beiseite zu lassen und das Fuder auch nicht mit zusätzlichen Wünschen zu überladen. Was mit dereinst nicht mehr benötigten Liegenschaften passiert, kommt so oder so wieder in den Gemeinderat und kann heute nicht ein Schwerpunkt sein. Wenn die

Diskussion doch zu einem Schwerpunkt erklärt wird, erreichen wir im schlechtesten Fall eine Spaltung im Rat und eine Verunsicherung im Volk. Und wenn diese Diskussion schlussendlich über irgendwelche Nebenschauplätze am Ende zum Fall des Projekts führt, ist ganz sicher niemandem geholfen, und günstiger wird es auch nicht. Weitere X Jahre Stillstand, weitere Hunderttausende von Franken für neue Planungen, Evaluation mit offenem Ende wären sicher. Zudem ein veritabler Scherbenhaufen und womöglich weitere und teure Rechtsstreitereien. Gehen wir also besser hin und unterstützen den Stadtrat mit voller Kraft und mit positiver Energie, damit Kreuzlingen endlich das bekommt, was es verdient. Zurück zum zweiten Lied und den Jahreszahlen: Der Unterschied ist hoffentlich, in den ersten drei Versuchen sind die Deutschen Weltmeister geworden, im vierten dann nicht. Bei Kreuzlingen gab es mindestens drei Versuche, die scheiterten, diesmal klappt es aber hoffentlich.

STP Niederberger: Ich erlaube mir, einleitend im Namen des Stadtrats etwas zum Umgang mit den Altliegenschaften zu sagen. Wir sprechen hier von den vier Liegenschaften Marktstrasse 4, 4a und Hauptstrasse 88/90 und 58. Wir haben die Absichten des Stadtrats in der Botschaft auf Seite 23 aufgezeigt mit dem klaren Wissen, dass das schlussendlich ein Entscheid des Gemeinderats ist. Ausschliesslich der Gemeinderat wird entscheiden, was zukünftig mit diesen Liegenschaften passiert. Ich würde gern noch ein Statement zum weiteren Vorgehen abgeben. Nach erfolgreicher Abstimmung über dieses Projekt werden wir eine Strategie zur Weiterentwicklung der Liegenschaften entwickeln. Dabei werden wir auch die Erkenntnisse, die wir aus den heutigen Diskussionen und auch aus dem Abstimmungskampf entnehmen, einfliessen lassen. Wir können uns auch vorstellen, dass wir in dieser Strategie die anderen Parzellen, über die wir im Rahmen des Budgets auch schon gesprochen haben, einfliessen lassen können. Wir werden diese Strategie erarbeiten und sie in gemeinderätlichen Kommissionen wie der FRK, der BU usw. präsentieren, damit wir dann ein gemeinsames Vorgehen festlegen können, wie wir mit diesen Liegenschaften weiter vorgehen wollen.

Materielle Beratung – Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Rückkommen

Seite 19, Kapitel 5 Der Realisierungskredit

GR Dufner: Man hat explizit auf eine Anlage hinsichtlich Stromversorgung bei mehrtägigem Stromausfall verzichtet. Gibt es Absichten, diese nachzurüsten, gerade aus Aktualität und im Hinblick darauf, dass bei einem grossflächigen Stromausfall die zivilen Behörden unter Umständen eine Alternativplanung bräuchten, mit der Folgefrage, ob so eine existiert, weil wir sonst in Kreuzlingen möglicherweise zwei bis drei Tage eine nicht funktionierende Verwaltung hätten. Ich weiss nicht, ob das im generellen Chaos zusätzlich sinnvoll ist. Wie sieht denn die Alternativplanung aus? Ist es beabsichtigt, das zu einem späteren Zeitpunkt nachzurüsten? Hat man sichergestellt, dass diese Nachrüstung tatsächlich möglich ist?

STP Niederberger: Heute ist die Situation so, dass wir keine Notstromgruppe haben. Bei der Informatik haben wir eine grosse Batterieanlage, sodass bei einem grossflächigen Stromausfall die Server sowie die ganze Informatikinfrastruktur sauber heruntergefahren werden könnte. Die Planung war gerade in der Zeit, als man Versorgungsengpässe hatte, weshalb angedacht war, einen grossen Dieselmotor in den Keller zu stellen. Es gab in dieser Zeit auch eine Taskforce, die sich auch Überlegungen gemacht hat, was bei den alten Häusern und anderen Standorten passieren und wie man reagieren würde. Da hatte man solche Notfallkonzepte. Letztlich musste man sagen, bei einem neuen Stadthaus können wir auf eine solche Investition verzichten, weil wir mit mobilen Generatoren von Energie Kreuzlingen arbeiten können.

GR Dufner: Vielen Dank für die guten Ausführungen. Nur für mein Verständnis: Ich fasse zusammen, was ich verstanden habe. Es war nicht notwendig, man konnte es streichen, weil man alternative Lösungen über mobile Generatoren hat, die heute schon bestehen, womit auch für die Zukunft sichergestellt ist, dass man mit Strom am Server und mit Strom für Stadtangestellte bei einem vier-, acht- oder 24-stündigen Stromausfall weiterarbeiten könnte. Ist das korrekt?

STP Niederberger: Das ist korrekt.

GR Salzmann: In einer direkten Demokratie hat der Stimmbürger fünf Optionen, wie er bei einer Sachabstimmung reagieren kann. Er kann "Ja" stimmen, er kann "Nein" stimmen, er kann "leer" stimmen, er kann "ungültig" stimmen oder überhaupt nicht teilnehmen. Das sind die fünf Optionen, die er jedes Mal hat. Konzentrieren wir uns mal auf die relevanten Elemente. Es ist essenziell in einer Demokratie, dass der Bürger weiss, was man dafür bekommt, wenn es ein "Ja" oder wenn es ein "Nein" gibt. Das "Ja" in dieser Botschaft ist sehr gut beschrieben. Man weiss, was man bekommt mit all diesen Details, über die wir heute fast ein bisschen zu wenig gehört haben. Es ist eine sehr dicke Botschaft, wirklich gut gemacht. Und dass es, je nachdem wie der Preisindex sich entwickelt, eine zusätzliche Fremdkapitalverschuldung in der Höhe von CHF 50 Mio. bis CHF 55. Mio. bedeutet. Also eine gelungene Sache zum Thema "Ja" des Stadtrats. Ein "Nein" muss in der Regel nicht gross beschrieben werden. Denn wenn ich beispielsweise auf der grünen Wiese ein Schulhaus bauen will und "Nein" sage, dann bleibt es halt bei der grünen Wiese. Also ist ein "Nein" in der Regel recht simpel. Nicht aber in diesem Fall. Wir haben eine gültige Volksabstimmung zum Schlussstein auf dem Bärenplatz vom September 2016. Seither hat sich viel verändert: das Baureglement, allenfalls weitere kantonale und schweizweite technische Bauvorschriften und natürlich der Preis. Dann noch die gültige Initiative mit dem Titel "Freihaltung der Festwiese", der ich damals aufgrund des Titels zugestimmt habe. Was passiert nun bei einem "Nein" zu dieser Botschaft, die wir heute besprechen? Mögliche Szenarien: Der Schlussstein auf dem Bärenplatz kann unter den damaligen Bedingungen, also auch zum damaligen aufindexierten Preis gebaut werden. Ist dem so? Unklar. Der Schlussstein kann unter bestehenden, aufindexierten Krediten in abgeänderter, verkleinerter Form ohne weitere Volksabstimmung gebaut werden. Wäre das möglich? Unklar. Der Schlussstein wird unverändert gebaut mit einem zusätzlichen Kredit und einer erneuten Volksabstimmung. Ist das der Weg, den der Stadtrat gehen will? Der Schlussstein könnte aufgrund des Titels "Freihaltung der Festwiese" überhaupt nicht mehr gebaut werden. Da gibt es bekanntlich unterschiedliche Rechtsauffassungen. Also im Endeffekt gar kein Stadthaus. Unklar. Der Stadtrat könnte sich entscheiden, den Schlussstein – wegen Unmöglichkeit des Baus – technisch oder preislich ohne Volksabstimmung abzuschreiben. Ist das rechtlich möglich? Ist das politisch gewollt? Unklar. Der Stadtrat könnte sich entscheiden, den Schlussstein mittels Volksabstimmung abschreiben zu lassen. Das sind die sechs Optionen, die mir spontan eingefallen sind, womöglich gibt es aber noch einige mehr. Wir haben jetzt darüber diskutiert, was mit den Häusern an der Hauptstrasse 88/90 und den anderen Häusern passieren soll im Wissen, dass das, wie STP Niederberger gesagt hat, zu einem späteren Zeitpunkt mit einer separaten Botschaft im Gemeinderat besprochen und entschieden wird. Diesbezüglich hat sich der Stadtrat positioniert. Und dafür, dass er sich positioniert hat, danke ich dem Stadtrat. Das ist auch richtig so, egal ob einem diese Positionierung inhaltlich gefällt oder nicht. Da wissen wir auch, zwischen Links und Rechts gibt es unterschiedliche Auffassungen. Aber dass ihr euch positioniert habt, finde ich gut. Bei einem "Nein" zu dieser Botschaft, die systemimmanent mit dieser Botschaft verknüpft ist, wobei es mindestens sechs Optionen gibt, die man als Stadtrat ohne zusätzliche Aufwände abwägen und dann Position beziehen kann, macht es der Stadtrat nicht oder mindestens ungenügend. Ich stelle daher einen Rückweisungsantrag mit dem klaren Auftrag, das "Nein" zu durchleuchten und in der Botschaft klar darzustellen. Zuerst rechtlich, was alles möglich ist, und dann politisch, wie der Stadtrat den rechtlichen Freiraum zu nutzen gedenkt. Ich bin überzeugt, das sind wir den Bürgern schuldig, dass neben einem sehr klaren Inhalt zu "Ja" ein ebenso klarer Inhalt zu "Nein" entgegengestellt wird, und zwar völlig egal, wie man inhaltlich zum dargestellten Haus steht.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag wird mit 2 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

4. Genehmigung der Erhöhung des jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrags von CHF 380'000.– um CHF 220'000.– auf total CHF 600'000.– (indexiert) für die kommenden 10 Jahre an die drei Institutionen Seemuseum, Museum Roseneegg sowie Bodensee Planetarium und Sternwarte zuhanden der Volksabstimmung

Eintreten ist unbestritten.

GR Ch. Brändli, Präsident GKS: Anlässlich der GKS-Sitzung vom 13. Januar und im Beisein der drei Stiftungsratspräsidenten sowie der beiden Museumsleiter hat die Kommission diese Botschaft beraten. Folgende Fragen wurden gestellt und entsprechend beantwortet: Einerseits warum der Betrag von CHF 220'000.– nicht jeweils jährlich über den Budgetprozess abgehandelt werden soll? Die Antwort war, dass KMU-Betriebe, was diese Museen sind, eine gewisse Sicherheit brauchen, auch für ihre Mitarbeitenden. Sie könnten sonst nicht mittel- und langfristig planen. Aus demokratischen Gründen ist man der Meinung, dass das der richtige Weg ist und dass die Beiträge an personelle Ressourcen gebunden sind, die man auch langfristig planen können muss. Weiter wurde die Frage der ehrenamtlichen Tätigkeit gestellt. Im Seemuseum beträgt diese rund 1.5 Vollzeitstellen. Für alle drei Museen zusammen sind das 7'000 bis 7'200 Stunden. Weiter wurde die Frage zur Wertschöpfung aufgeworfen. Dazu wurde erklärt, dass man nach der Sanierung des Kulturzentrums dazu eine Studie lancieren möchte. Eine Studie aus Deutschland beziffert die Wertschöpfung mit EUR 1.70 pro investierten Euro. Zur Finanzierung allgemein: Sponsorengelder sind immer schwieriger zu finden. Im Planetarium ist das in den letzten fünf bis sechs Jahren um rund 75 % zurückgegangen. Im Seemuseum probiert man, Firmen zu akquirieren und Gemeinden für bestimmte Projekte zu begeistern. Das Seemuseum kann aber steigende Einnahmen aus dem Museumscafé generieren. Zur Frage, was die umliegenden Gemeinden an die Betriebskosten bezahlen, weil die Museen regionale, überregionale, kantonale bis teilweise sogar internationale Ausstrahlung haben, wurde erklärt, dass die Gemeinden punktuell angefragt werden. Dies könne aber nicht mit der Bodensee-Arena verglichen werden. Es gibt Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton Thurgau, zusätzlich hat das Planetarium eine Vereinbarung mit der Stadt Konstanz und erhält jährlich EUR 5'000.–, die trotz der schwierigen finanziellen Situation der Stadt Konstanz im Rahmen des Budgetprozesses nicht gestrichen wurden. Zudem gibt es den Verein Kultursee, bei dem Ausschüttungen für bestimmte Anlässe und Projekte angefragt werden können. Zur Thematik, den Betrag der CHF 220'000.– auf zehn Jahre zu beschränken, was aufgrund von Äusserungen aus vergangenen Sitzungen aufgenommen worden ist, ist man sich einig, dass nach sieben bis acht Jahren wieder eine Standortbestimmung nötig ist und dann der politische Prozess wieder gestartet werden muss. Zwei von drei Stiftungsratspräsidenten stört dieser Passus nicht. Sie sagen, es sei auch ein Ansporn für die Museen, sich weiterzuentwickeln und zu verbessern. Nach einer längeren Diskussion verzichtet die Kommission auf einen Antrag, teilweise aus politisch-taktischen Gründen, andererseits weil man den vorgeschlagenen Weg mit diesen zehn Jahren als richtig betrachtet. Es wurde dann eine Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen von 2016 zu heute gefordert. Diese Zahlen sind in der Protokollbeilage zu finden, in der die Kennzahlen aus dem Museumskonzept 2025 zu entnehmen sind. Eine Zusammenfassung dieser Zahlen soll auch in die Botschaft ans Volk einfließen. Auch die Eintrittspreise und deren Veränderung von 2016 bis heute waren ein Thema. Diese haben sich nur marginal verändert, wobei man sich auch an den Preisen der umliegenden Museen orientieren muss. Wir alle wissen, dass Konstanz viel günstiger ist, dort bezahlt man zum Beispiel im Rosgarten-Museum einen Eintrittspreis von EUR 5.– bzw. vergünstigt EUR 3.–. Beim Planetarium wurden die Mietpreise für Versammlungen und Tagungen deutlich erhöht. Zum mittel- bis langfristigen Investitionsbedarf der Museen: Die Ziffern 4.3.1, 4.3.2 und 4.3.3 haben rein informativen Charakter und sind für die Botschaft ans Volk nicht verbindlich. In der Zusammenfassung wurden die Konsequenzen bei einem Nein zu dieser Botschaft dargestellt. Der Stiftungsratspräsident des Seemuseums sagte dazu, er sei optimistisch und finde, darüber könne man sich Gedanken machen, sofern dieser Fall eintrete. Die vorberatende Kommission GKS hat der Botschaft einstimmig mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt.

GR Knöpfli: Die FDP-Fraktion hat die Botschaft zur Aufstockung der Beiträge an die drei Museen ebenfalls auseinandergenommen bzw. diskutiert. Aus den Unterlagen, aus Voten in der Kommissionsitzung, aber auch aus persönlichen Wahrnehmungen verfügen die drei Institutionen über eine sehr grosse Strahlkraft, nicht zuletzt auch bei Schulklassen. Und sie sind eigentlich aus Kreuzlingen wirklich nicht mehr wegzudenken. Zusammen haben sie mehr Eintritte als das bestbesuchte Museum im ganzen Kanton, also eine Erfolgsgeschichte. Die weitere Bestreitung dieses Wegs hat ihren Preis. Um Schritt halten zu können, muss die Professionalisierung weitergetrieben werden. Es kann nicht sein, dass ein Museumsleiter keine Ferien machen kann, nur weil keine Stellvertretung da ist. Wir haben das grosse und eigentlich unbezahlbare Glück, in den Leitungen, aber auch in den Präsidien hervorragende Menschen und bestens ausgewiesene Fachleute zu haben, die sich mit Haut und Haar, mit Ideen und Drive für ihre Museen einsetzen. Ein grosser Dank an dieser Stelle auch zuhänden der heute sichtbaren Helferinnen und Helfer, die sonst ausserhalb des Rampenlichts stehen. Am meisten gaben bei uns zwei Punkte zu reden, einerseits die Befristung auf zehn Jahre und andererseits die Kostenbeteiligung von anderen Gemeinden. Wir sehen, dass KMU-Betriebe, und Museen sind genau das, eine längere Planungssicherheit brauchen, damit es nicht zu Hire-and-Fire-Aktionen kommt. Ausstellungen haben einen längerfristigen Horizont und müssen auch so finanziert und begleitet werden können. Wir begrüssen aber die Befristung auf zehn Jahre, weil niemand weiss, wie die Welt dann aussehen wird. So kann man immerhin von Zeit zu Zeit wieder eine neue Auslegeordnung machen. Und ja, es ist klar, es kann nicht jede Gemeinde Museen haben, und Kreuzlingen trägt halt auch hier eine gewisse Zentrumslast. Trotzdem wäre es für einzelne aus unserer Fraktion mindestens wünschenswert, wenn zusätzlich zu den Ausschüttungen vom Verein Kultursee weitere Beiträge von Aussengemeinden generiert werden könnten. Schön finden wir, dass das Rosenegg sich um eine kantonale Leistungsvereinbarung bemüht und auch Teil des Schweizer Netzwerks Memorial von Opfern des Nationalsozialismus werden möchte. Das führt sehr wahrscheinlich auch im Rosenegg zu steigenden Besucherzahlen und hätte eine weitere Ausstrahlung über die Stadtgrenzen hinaus zur Folge. Fazit: Die FDP-Fraktion wird diese Botschaft einstimmig gutheissen.

GR F. Herzog: Die Stadt Kreuzlingen hat das grosse Glück, drei thematisch sehr vielfältige Museen beheimaten zu dürfen. Sowohl das Seemuseum als auch das Museum Rosenegg und das Planetarium sind von grosser regionaler und überregionaler Bedeutung und haben sich in den letzten Jahren grosser Beliebtheit erfreut. Insgesamt durften die drei Häuser 2024 rund 28'000 Eintritte verzeichnen. Das ist seit 2017 ein Anstieg von 55 %, was ziemlich markant ist. Dass unter den Besuchern auch 262 Schulklassen waren, unterstreicht ausserdem die Wichtigkeit dieser Museen für den Bildungsstandort Kreuzlingen. Die markante Erhöhung der Besucherzahlen ist nicht zuletzt der Professionalisierung der drei Museen geschuldet, die aufgrund der finanziellen Unterstützung seitens der Stadt in Form der Betriebsbeiträge ermöglicht worden ist. Nebst der professionellen Leitung der Museen ist aber ganz speziell auch das ausserordentlich grosse Engagement dieser Vielzahl an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer hervorzuheben, die rund 7'000 Stunden und viel Leidenschaft zugunsten der Museen aufwenden und damit massgeblich zur Erhaltung und Förderung der Qualität des musealen Angebots in Kreuzlingen beitragen. Zur Sicherung der Qualität und Attraktivität der Ausstellungen ist im Seemuseum und im Rosenegg die Erneuerung der Dauerausstellungen angedacht, während im Planetarium die Erneuerung der Technik und eines Teils der Infrastruktur ansteht. Für diese anstehenden Projekte generieren die drei Museen gemäss Botschaft wesentliche finanzielle Eigenmittel, was wiederum den bedachten und wirtschaftlichen Umgang mit den finanziellen Mitteln seitens der drei Museen sichtbar macht. Die Erhöhung der Betriebsbeiträge um CHF 220'000 würde die Museen dabei unterstützen, die sorgfältig erwirtschafteten Eigenmittel nicht fürs Überleben der Museen einsetzen zu müssen, sondern eine Weiterentwicklung zu ermöglichen. Diese Weiterentwicklung und die damit verbundene Attraktivitätssteigerung sind zentral für den Erhalt der Bedeutung der drei Kreuzlinger Museen. Wir von der SP/GEW/JUSO-Fraktion schätzen das ausserordentlich grosse Engagement, mit welchem das Seemuseum, das Museum Rosenegg und die Sternwarte geführt werden und sind überzeugt davon, dass die drei Institutionen einen wichtigen Beitrag zur Kulturlandschaft in Kreuzlingen und in der Region leisten. Damit die

Kreuzlinger Bevölkerung auch weiterhin und langfristig von einem solchen musealen Angebot in Kreuzlingen profitieren kann, wird unsere Fraktion die Botschaft einstimmig unterstützen.

GR Be Nissa: Unsere MITTE/EVP-Fraktion möchte zu Beginn ihr ausdrückliches Lob für das vorliegende Museumskonzept aussprechen, insbesondere für die geleistete Arbeit aller Beteiligten und für den liebevollen Empfang heute vor dem Rathaus. Das Konzept zeigt aus unserer Sicht sehr transparent und detailliert auf, mit welchen Herausforderungen die drei Museen konfrontiert sind und welche Wege sie für die Zukunft einschlagen möchten. Besonders positiv werten wir die klare Analyse sowie die langfristige Planung. Kritisch hat sich unsere Fraktion mit dem beantragten Betrag von CHF 2.2 Mio. über den Zeitraum von zehn Jahren befasst. Auf den ersten Blick wirkt der Betrag für die Umsetzung eines Konzepts sehr hoch, deshalb haben wir uns damit auseinandergesetzt, welche konkreten Schritte die Museen unternehmen möchten, um ihren Eigenfinanzierungsgrad weiterhin zu erhöhen und welchen Nutzen sie für die Stadt Kreuzlingen erbringen. Aus den Unterlagen geht hervor, dass sie trotz der aktuell schwierigen finanziellen Lage aktiv Sponsorengelder erwerben werden oder es versuchen, was wir sehr gut finden. Zudem werden eigenständige Initiativen wie die Mietzinserhöhung, das Betreiben des Cafés oder auch weitere Angebote verfolgt. Die sinkende Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist ein bekanntes gesellschaftliches Thema und stellt auch für die Museen eine zusätzliche Herausforderung dar. Zu beachten ist aber, dass rund 50 % der Kostensteigerung auf die Teuerung von 8.8 % zurückzuführen ist. Abschliessend überwiegen für unsere Fraktion eher die positiven Aspekte. Wie heute von meinen Vorrednern schon mehrfach erwähnt, haben die Museen seit 2016 55 % mehr Besucher, was wir auch als Erfolg der damals eingeleiteten Professionalisierung sehen. Wir sehen die Museen grossmehrheitlich als wichtige Bildungsinstitutionen, die nicht nur sammeln und bewahren, sondern auch das Zugehörigkeitsgefühl stärken und zur Identitätsbildung in Kreuzlingen beitragen. Zusätzlich hervorheben möchten wir, dass zwei der Museen in städtischen, denkmalgeschützten Gebäuden untergebracht sind, die selbst auch einen bedeutenden geschichtlichen Mehrwert für Kreuzlingen darstellen und sich für die museale Nutzung besonders eignen. Die beantragte Erhöhung ist aus unserer Sicht gerechtfertigt, auch wenn uns klar ist, dass die Betriebsbeiträge künftig in so regelmässigen Abständen in diesem Umfang nicht mehr erhöht werden können. Die MITTE/EVP-Fraktion stimmt aus den genannten Gründen der Botschaft grossmehrheitlich zu.

GR Schindler: Die SVP-Fraktion steht der vorliegenden Botschaft grundsätzlich mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüber. Es ist kein Geheimnis, dass wir es nicht gern sehen, wenn schon wieder zusätzliche Mittel gesprochen werden. Die Erhöhung des jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrags um CHF 220'000.– auf neu CHF 600'000.– (vorher CHF 380'000.–) ist ein bedeutender Schritt und verpflichtet die Stadt für eine längere Zeit. Gleichzeitig ist uns aber bewusst, dass die drei betroffenen Institutionen, das Seemuseum, das Museum Roseneegg sowie das Bodensee Planetarium und Sternwarte die zusätzlichen Mittel dringend brauchen. Das Geld ist nötig, damit sich die Museen weiter professionalisieren und wichtige Erneuerungen sowie zeitgemässe Anpassungen umgesetzt werden können. Zudem wird es immer schwieriger, Sponsoren zu finden oder auf freiwillige Helferinnen und Helfer zählen zu können. Wir sind aber der Überzeugung, dass Innovationen auch Chancen bieten, um zusätzliche Einnahmen zu generieren. So kann zum Beispiel das Seemuseum mit dem Museumscafé jetzt schon eigene Mittel erwirtschaften. Das Museum Roseneegg ist zugleich in Verhandlungen mit dem Kanton betreffend eine Leistungsvereinbarung, was ebenfalls ein wichtiger Schritt für die Zukunft ist. Die drei Museen bringen unserer Stadt einen klaren Mehrwert. Sie sind kulturelle Aushängeschilder für Jung und Alt und ziehen Gäste auch über die Stadtgrenzen hinaus an. Zudem werden alle drei Institutionen sehr gut geführt. Dafür möchten wir den Verantwortlichen ausdrücklich ein grosses Kompliment aussprechen. In der Kommission wurde die Frage diskutiert, ob man auf eine zeitliche Begrenzung auf zehn Jahre verzichten sollte. Diesen Ansatz erachten wir als falsch. Die Begrenzung auf zehn Jahre soll bewusst ein Ansporn sein. Sie schafft Verbindlichkeit und Motivation, die Museen erfolgreich und tragfähig in die Zukunft zu führen. Wenn das gelingt, ist das ein Gewinn für alle Beteiligten. Je nach Verlauf der Diskussion werden wir dieser Botschaft einstimmig oder grossmehrheitlich zustimmen.

GR Leitz: Die heute vorliegende Botschaft zur Erhöhung des Betriebsbeitrags unserer drei Museen ist mehr als ein finanzieller Antrag. Es ist das Bekenntnis zu Bildung, Kultur und Identität unserer Stadt. Es ist ein Beitrag für ein kulturelles Angebot, welches über Kreuzlingen hinaus strahlt. Mit 28'000 Besucherinnen und Besuchern übertreffen unsere Museen sogar das kantonale besucherstärkste Haus. Diese Institutionen sind ein Aushängeschild für die Stadt, für den Kanton und für die ganze Bodenseeregion. Das Rosenegg als Heimatmuseum und Gedächtnis der Stadt, das Seemuseum als regionale Institution für den Bodensee und das Planetarium und Sternwarte als überregionaler Anziehungspunkt mit grosser Reichweite. Mit der Unterstützung dieser Botschaft stärken wir den Bildungsstandort Kreuzlingen. Über 260 Schulklassen pro Jahr nutzen die Angebote dieser Museen. Sie sind Lernort, Begegnungsort und Orte der Identifikation für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Im Jahr 2024 konnte das Planetarium die höchste Zahl an Besuchen durch Schulklassen im Kanton ausweisen. Das ist das Resultat des Museumskonzepts 2016, welches den drei Institutionen Planungssicherheit gegeben und so auch mit zum Erfolg beigetragen hat. Natürlich ist uns bewusst, dass die Erhöhung um CHF 220'000 eine finanzielle Verpflichtung darstellt, doch es ist eine Investition, die sich mehrfach auszahlt: kulturell, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Die Erhöhung schafft stabile Strukturen, entlastet die vielen Ehrenamtlichen und garantiert, dass die Qualität der Vermittlung und Ausstellungen erhalten bleibt. Darüber, ob eine zehnjährige Bindung notwendig ist oder nicht, kann man geteilter Meinung sein. Sie gibt aber den Museen eine wichtige Planungssicherheit, um ihre grossen anstehenden Projekte verantwortungsvoll und nachhaltig umzusetzen und ist gleichzeitig auch ein Ansporn, mit Blick auf die Zukunft immer am Ball zu bleiben. Mit der Leistungsvereinbarung hat die Stadt sowieso weiterhin eine Kontrolle über die Umsetzung und Erfüllung der Ziele mit entsprechenden Reaktionsmöglichkeiten, unabhängig von der Dauer. Mit einem positiven Entscheid sichern wir nicht nur den heutigen Betrieb, sondern schaffen die Grundlage dafür, dass Kreuzlingen auch in Zukunft eine Stadt bleibt, die ihr kulturelles Erbe pflegt, Wissen vermittelt und Menschen verbindet. Die FL/Grüne/GLP-Fraktion wird der Botschaft einstimmig zustimmen.

GR Schulthess: Für mich war die Aussage von SR Moos in der Kommissionssitzung eine gute Sache, der gesagt hat, aus demokratiehygienischen Gründen ist es gut, wenn wir es dem Volk vorlegen. Das finde ich super, auch wenn es ein bisschen ein komisches Wort ist. Eigentlich wissen wir alle, das Ganze gehört ins Budget, aber dieser Rat tut sich in der Regel ein bisschen schwer mit dem Rahmen setzen von Kulturausgaben im Budget. Also ist es gut, wenn das Volk darüber entscheidet, welches es schliesslich auch bezahlt. Persönlich finde ich es ein bisschen schade, dass das Konzept mit der Leistungsvereinbarung, welches Dorena Raggenbass eingeführt hat, hier ein bisschen verlassen wird. Man hatte eine relativ ausgewogene Sache mit Leistungen und deren Kosten. Ich glaube, es wird nicht lange dauern, bis wir auf diesem Seitwärtsweg weitere Anträge von anderen Institutionen auf dem Tisch haben werden. Was ist aus Sicht der Kultur der Unterschied zwischen einem Museum und einer Tanzschule? Die könnten auch kommen und sagen, wir haben höhere Kosten. Deshalb ist es ein bisschen schade, dass man das Konzept der Leistungsvereinbarungen hier verlässt.

GR Cornel: Erlauben Sie mir als ehemalige Tourismuspräsidentin der Stadt Kreuzlingen ein paar Worte zu dieser Botschaft. Kreuzlingen ist aus drei Gemeinden zusammengewachsen. Ein historisches Zentrum, welches unsere Identität von selbst trägt, gibt es nicht, gerade deshalb brauchen wir Orte, die uns verbinden. Unsere Museen erzählen, wer wir sind, woher wir kommen und stärken uns als Stadtgemeinschaft. Das Seemuseum, das Museum Rosenegg und das Bodensee Planetarium ziehen jedes Jahr rund 28'000 Besucherinnen und Besucher an. Sie leisten Bildungsarbeit für über 260 Schulklassen und stärken das kulturelle Herz von Kreuzlingen. Und sie unterstützen auch den Tourismus in unserer Region, welcher unserer Wirtschaft auch wiederum guttut. Zur Verdeutlichung der Bedeutung unserer Museen: Die kantonalen Museen in Frauenfeld kommen auf knapp 20'000 Besuche, in unserer Region Kreuzlingen sind es rund 30 % mehr. Seit rund zehn Jahren wurde der Beitrag nicht erhöht, obwohl die Kosten in dieser Zeit deutlich gestiegen sind. Ja, Museen kosten Geld, wenn man sie ernstnimmt. Doch wir investieren damit in Bildung, Zusammenhalt und in die kulturelle Integrität unserer Stadt.

SR Moos: Wir debattieren heute über mehr als nur Subventionsbeiträge. Wir sprechen heute über das kulturelle Herz und das kollektive Gedächtnis unserer Stadt. Der Stadtrat beantragt Ihnen heute die Genehmigung für die Erhöhung der jährlichen Betriebsbeiträge für das Seemuseum, für das Museum Rosenegg sowie für das Bodensee Planetarium und Sternwarte. Manchmal wurde gefragt, warum wir die drei so unterschiedlichen Häuser in einem Paket bündeln. Die Antwort ist relativ einfach. Sie bilden die drei tragenden Säulen unserer Museumslandschaft. Zusammen erreichen sie wie schon erwähnt eine überregionale Strahlkraft mit 28'000 bis 30'000 Eintritten, womit sie die besucherstärksten kantonalen Museen übertreffen. Wir sehen diese Häuser als eine strategische und materielle Einheit. Sie konkurrieren nicht, sie ergänzen sich von der Lokalgeschichte über die Naturwissenschaften bis zum Griff in die Sterne. Ein gemeinsames Konzept verhindert, dass die Institutionen politisch gegeneinander ausgespielt werden und schafft Planungssicherheit für zehn Jahre. Kultur ist nicht einfach ein reiner Kostenfaktor. Museen sind wirtschaftliche Standortfaktoren. Eine deutsche Studie, die bereits erwähnt wurde, belegt, dass jeder investierte Euro eine lokale Wertschöpfung von EUR 1.70 auslöst. Aber das ist noch nicht alles. Durch touristische Ausgaben fließen weitere EUR 2.40 zurück in die Wirtschaft. Seit dem ersten Konzept 2016 sind die Besucherzahlen um 55 % angewachsen. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer gezielten Professionalisierung der drei Häuser. Professionelle Leitungsstellen sind das Fundament, auf dem alles ruht. Sie sichern die Qualität der Vermittlung und tragen zur Attraktivität der Leuchttürme bei. Ein ganz wesentlicher Punkt ist das Ehrenamt. Über 100 Freiwillige leisten jährlich mehr als 7'000 unbezahlte Arbeitsstunden. Das ist gelebtes Engagement unserer Mitmenschen, und denen gebührt ein herzlicher Dank. Doch dieses Engagement braucht Führung. Gerade weil wir vor einem Generationenwechsel bei den Freiwilligen stehen, benötigen wir professionelle Strukturen, um das Wissen zu sichern und neue Freiwillige gewinnen zu können. Ohne die beantragte Erhöhung riskieren wir, dieses grossartige Fundament der Freiwilligkeit zu verlieren. Der Stadtrat ist überzeugt, die Erhöhung um CHF 220'000.– auf CHF 600'000.– ist eine wichtige Investition, die sich für Kreuzlingen mehrfach auszahlen wird. Ich lade Sie daher im Namen des Stadtrats ein, dieser zukunftsgerichteten Förderung zuzustimmen.

Materielle Beratung – Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Seite 2, Kapitel 1 Ausgangslage

GR Dufner: Ich habe eine Frage bezüglich der Eintritte der Kreuzlinger Museen. Gemäss Museumskonzept wurde insbesondere im Museum Rosenegg 2024 eine erfolgreiche Sonderausstellung durchgeführt. Meine Frage ist, ob die Besucher der Sonderausstellung in diesen Zahlen auch inkludiert sind oder nicht und ob man Auskunft über die Höhe der Besucher für die Sonderausstellung, insbesondere "Geplatzte Stadträume", geben könnte.

SR Moos: Meines Wissens sind die Besucher der Sonderausstellungen in den Besucherzahlen inkludiert. Die zweite Frage kann ich nicht beantworten, aber diese Zahl kann ich sicher nachliefern.

GR Dufner: Wäre es abschätzbar oder liegt zumindest die Vermutung nahe, dass die Differenz von 3'800 Besucherinnen und Besucher 2023 zu den vorgelegten 5'200 in etwa die Differenz wäre, die aus dieser Sonderausstellung resultiert?

SR Moos: Das könnte man so sehen, aber ich kann es nicht bestätigen.

GR Dufner: Im Weiteren würde ich mal davon ausgehen, dass wir auf dieser Annahme weiterarbeiten. Dann wäre meine nächste Frage: Würde sich denn der Besucheranstieg beim Museum Rosenegg nicht erheblich ändern und nicht 57 %, sondern knapp 20 % betragen, wenn man die Sonderausstellung, die im Museumskonzept wiederholt erwähnt ausserordentlich und einmalig war, ausser Acht lässt? Dann wäre die Rede von einem Besucheranstieg von 3200 im Jahr 2016 auf 3800 im Jahr 2023.

SR Moos: Ich finde diese Frage speziell. Die Sonderausstellungen behandeln auch Kreuzlinger Themen. Die Ausstellung Geplatzte Stadträume hatte einen Bezug zu Kreuzlingen und auch die Sonderausstellungen, wo die Bilder von Anton Bernhardsgrütter ausgestellt wurden, haben einen Bezug zu Kreuzlingen. Diese Zahlen auseinanderzuidividieren, macht aus meiner Sicht keinen Sinn, weil sie

das gleiche Museum betreffen und weil die Sonderausstellungen zur Attraktivität des Museums beitragen, wodurch die Besucherzahlen steigen. Gemäss Museumskonzept wird es im Museum Rosenegg auch zukünftig Sonderausstellungen geben, was die Attraktivität steigern wird. Ich hoffe natürlich auch, dass wir weiterhin steigende Besucherzahlen haben werden.

GR Dufner: Vielen Dank für diese Antwort. Ich nehme sie zur Kenntnis und lasse das Thema auch gleich ruhen. Ich möchte nur abschliessend festhalten, der Schluss liegt nahe, dass zumindest bei diesen Zahlen erhebliche Einmaleffekte inkludiert sind, die ausserordentlich sind und bei denen unklar ist, ob sie in Zukunft weiterhin so erzielt werden können. Das nehme ich aus den Ausführungen von SR Moos mit. Danke, das genügt mir.

SR Moos: Ich möchte mich klar von dem Begriff "einmalig" distanzieren. Es sind keine einmaligen Effekte. Es ist anzunehmen, dass auch in Zukunft im Museum Rosenegg sehr attraktive Sonderausstellungen durchgeführt werden, die dann auch das entsprechende Publikum generieren.

Seite 3, Kapitel 1.2 Museum Rosenegg

GR Dufner: Ich habe eine weitere Nachfrage, nämlich bezüglich der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton, die schon mehrfach erwähnt worden ist, was da der aktuelle Status ist und wie wahrscheinlich es ist, dass es zu dieser Leistungsvereinbarung in der genannten Höhe von CHF 80'000.– kommt. Falls es nicht zu dieser Leistungsvereinbarung käme, bestünde gemäss meinem Verständnis ein strukturelles Defizit von CHF 80'000.–. Wie gedenkt der Stadtrat, damit umzugehen?

SR Moos: Das Museum Rosenegg bzw. der Stiftungsrat und die Museumsleitung stehen in Kontakt mit dem Kanton und sind intensiv am Verhandeln. Dazu erwarten wir Antworten bis Mitte Jahr. So viel zum Stand der Verhandlungen bezüglich der Leistungsvereinbarung. Der Kanton bezahlt nur an Institutionen einen Beitrag, die einen überregionalen Charakter haben. Typischerweise war das Museum Rosenegg früher das Heimatmuseum, welches 1938 eröffnet wurde. 1938, also bevor Kreuzlingen überhaupt eine Stadt war, gab es das Heimatmuseum bereits. Bis vor Kurzem beleuchtete es nur die Stadt. Neu kommt die Beleuchtung des Grenzraums dazu. Die Stadt Kreuzlingen ist zusammen mit Tägerwilien der einzige Ort im ganzen Kanton, der eine Landesgrenze gegenüber Deutschland hat. Sonst gibt es im Thurgau keine Landverbindung entlang dieses Grenzkantons. Das ist eine ausserordentliche Situation, auch im Zusammenhang mit der Zeit der Nationalsozialisten, wodurch die Grenze leider auch negative Berühmtheit erlangt hat. Vor diesem Hintergrund ist auch der Kanton daran interessiert, das Thema zu beleuchten. Wir haben es gehört, es gibt nationale Vorstösse bezüglich der Grenzsituation, die entsprechend beleuchtet bzw. vermittelt werden soll. Aus meiner Sicht und auch aus Sicht der Museumsleitung und vor dem Hintergrund, dass die Themenvielfalt des Museums Rosenegg erweitert werden soll, sind die Chancen relativ gross, dass diese Leistungsvereinbarung mit dem Kanton zustande kommt. Der Betrag von CHF 80'000.– würde zum bereits vorhandenen Budget des Museums Rosenegg hinzukommen. Während der Erarbeitung des Museumskonzepts fanden die Verhandlungen mit dem Kanton noch nicht statt. Wir könnten so für das Museum Rosenegg entsprechende Reserven für die Zukunft schaffen.

GR Dufner: Ich habe aus den Ausführungen von SR Moos verstanden, dass der Betrag von CHF 80'000.– zum bestehenden Budget hinzukäme und die Reserven erhöhen würde und nicht im Museumskonzept inkludiert sei. Ist das korrekt? Gemäss Kennzahlen, die auf dem Museumskonzept basieren, die wir nach der GKS erhalten haben, sind CHF 80'000.– Beiträge Kanton ausgewiesen. Kommen da nochmals zusätzlich CHF 80'000.– hinzu oder sind sie schon inkludiert? Und wenn sie wegfallen würden, obwohl der Stadtrat optimistisch ist, wie gedenkt der Stadtrat, diese CHF 80'000.– zu decken? Ich habe verstanden, man müsste zusätzliche Mittel über das Budget sprechen. Ist das korrekt?

Seite 5, Kapitel 3 Museumskonzept

GR Ribezzi: Den vielen Worten sollten auch Taten folgen. Ich schätze Museen und Freiwilligenarbeit extrem, die man auch würdigen sollte. Man kann sie auch würdigen, indem man zum Beispiel auf den einzelnen Webseiten auch einen Link zu den anderen Museen macht. Wenn man schon von gemeinsam in Kreuzlingen, von Geschichte, Vergangenheit und Zukunft spricht, erwarte ich, wenn ich das Museum Rosenegg anklicke, dass es da auch einen Link auf unsere weiteren Museen gibt. Denn wenn Touristen kommen, könnten sie eventuell auch für CHF 7.– statt CHF 8.– alle drei Museen anschauen. Das Operative gehört für mich auch dazu. Unten lässt man die Freiwilligen arbeiten, aber an Koordination habe ich bis jetzt noch nicht viel gesehen.

Seite 7, Kapitel 4.1 Verteilschlüssel Gesamtbeitrag auf die drei Museen

GR Salzmann: Auf Seite 8 oben in dieser Botschaft gibt es ein interessantes Wort, nämlich den Ausdruck "als Richtwert". Sprechen wir also heute über CHF 600'000.– indexiert oder sprechen wir über einen Richtwert? Und was ist ein Richtwert?

SR Moos: Dieser Punkt wurde bereits an der Kommissionssitzung der GKS angesprochen. Das Wort Richtwert ist nicht sehr genau. Es sind die CHF 600'000.–.

Seite 8, Kapitel 4.3 Mittel- bis langfristiger Investitionsbedarf der drei Museen

GR Salzmann: Wir haben in den Punkten 4.1, 4.2 und 4.3 eine Liste. Wir haben festgestellt, dass das nur eine Information und nicht Teil der Botschaft ist. Das habe ich soweit verstanden. Wir haben teilweise kleine Beträge, teilweise sind es grössere Beträge. Würde man sie zusammenfassen, wären es noch grössere Beträge. Wo beabsichtigt der Stadtrat, das ins Budget zu schreiben? Und ich darf dann suchen und finden und wieder fragen. Oder gibt es zu diesen Sachen eine eigene Botschaft an den Gemeinderat?

SR Moos: Natürlich werden wir die Finanzkompetenzen, die in der Gemeindeordnung hinterlegt sind, einhalten und bei entsprechenden Beträgen oder bei entsprechender Höhe der Beträge eine Gemeinderatsbotschaft erarbeiten und euch vorlegen.

GR Salzmann: Ihr dürft auch etwas über CHF 1.99 Mio. ins Budget stellen – ohne gemeinderätliche Botschaft. Das liegt in eurer Kompetenz. Ob wir es dann akzeptieren, ist eine andere Frage. Also ist meine Frage damit nicht beantwortet. Schade. Ich hätte halt trotzdem gern eine Antwort vom Stadtrat.

SR Moos: Nach Absprache mit STP Niederberger werden wir bei den CHF 1.6 Mio. für das Seemuseum sicher eine Botschaft machen.

Rückkommen

SR Moos: Ich würde gern noch die Frage von GR Dufner beantworten bezüglich der angedachten Leistungsvereinbarung mit dem Kanton. Gemäss der Zusammenstellung der Zahlen im GKS-Protokoll sind die CHF 80'000.– on top und nicht Bestandteil des städtischen Beitrags, der für das Museum Rosenegg vorgesehen ist.

GR Dufner: Vielen Dank, das konnte ich auch entziffern. Meine Frage lautete: Wie sieht die Alternativplanung aus, wenn die CHF 80'000.– nicht kommen, bzw. ist es richtig, dass diese CHF 80'000.– zusätzlich von der Stadt übernommen werden? Denn wir haben dann ein Defizit. CHF 80'000.–, die man einberechnet, kommen dann nicht, also beträgt das Defizit CHF 80'000.–.

SR Moos: Nein, wir stimmen heute über die Erhöhung um CHF 220'000.– ab. Das ist alles. Wenn die CHF 80'000.– nicht kommen, wovon ich nicht ausgehe, muss man neu schauen. Aber der Betrag, über den wir heute abstimmen, ist fix.

GR Dufner: Ich nehme heraus, wenn die CHF 80'000.– nicht kommen, müssen wir neu schauen, denn wir müssen diese CHF 80'000.– on top irgendwie klären.

Beilage 4, Seite 20, Seite 21 und Seite 24 sowie Allgemeines

GR Dufner: Ist es richtig, dass beim Seemuseum in den letzten zehn Jahren eine Zunahme der ehrenamtlichen Tätigkeit von rund 15 % erfolgt ist (Seite 20) und beim Planetarium eine Zunahme von 50 % im Ehrenamt stattgefunden hat? Es besteht also Interesse von Ehrenamtlichen an diesen Institutionen, sie sind in der Bevölkerung breit abgestützt. Zunahme 50 % beim Planetarium (Seite 24). Auf Seite 21 im Museumskonzept sehen wir eine Abnahme des Ehrenamts um 75 % beim Rosenegg als einzige der drei Institutionen. Ich ziehe meine Frage allerdings zurück und möchte nicht warten, bis SR Moos vielleicht eine Antwort gefunden hat. Ich würde gern noch ein Votum zum Gesamten abgeben. Ich habe viele komische Fragen gestellt und ich habe eure Blicke alle gesehen, die auch berechtigt waren. Für mich fehlte bei der Durchsicht dieser Botschaft ein bisschen die kritische Auseinandersetzung mit gewissen Punkten. Es geht mir nicht darum, die Kulturförderung zu streichen, überhaupt nicht. Ich bin grundsätzlich dafür, was wir hier heute Abend abstimmen. Womit ich ein bisschen Mühe habe und was mir nicht so sachgerecht erscheint, ist, wenn man meines Erachtens drei verschiedene Sachen übers Bein bricht. Ich sehe aus den Zahlen und Analysen, die vom Stadtrat im Anhang ein bisschen versteckt, leider ein bisschen schwierig auffindbar sind, dass es zwei Institutionen gibt, die sehr, sehr, sehr gut gearbeitet haben. Kultur ist defizitär, darüber müssen wir nicht diskutieren. Aber die haben wirklich sehr gut gearbeitet. Sie haben es hingekriegt, dass sich mehr Leute als vor zehn Jahren engagieren. Das muss man sich einmal vorstellen. Sie haben es auch hingekriegt, dass sie in den letzten Jahren für nur 30 % ihres Umsatzes Förderung von der Stadt Kreuzlingen erhalten haben. Sie haben mit 30 % an städtischen Mitteln sehr gut gearbeitet. Sie haben es offensichtlich geschafft, Interesse zu generieren. Sie haben es offensichtlich geschafft, Geld aufzutreiben, mit Engagement von Ehrenamtlichen, aber auch von Angestellten. Ein bisschen aus dieser Reihe tanzt für mich das Museum Rosenegg, und darüber habe ich in der Botschaft eigentlich nichts gefunden. Vielleicht habe ich es auch überlesen. Das Rosenegg musste bisher durch die Stadt Kreuzlingen mit 74 % gefördert werden, also mehr als das Doppelte als die anderen beiden Häuser. Warum? Warum minus 75 % Ehrenamtliche? Meines Erachtens ist das Interesse daran in den letzten zehn Jahren nicht gegeben. Die Besuchereinnahmen werden von CHF 30'000.– auf CHF 12'000.– im Budget 2027 sinken. Was ich in dieser Botschaft vermisste, und ich habe es wirklich mit der Suchfunktion gesucht, ist das Wort Alternative. Hat man geschaut und sich seitens Stadtrat überlegt, ob es wirklich Sinn macht, noch mehr zu professionalisieren, noch mehr Kosten zu generieren oder Gelder zu sprechen für eine Institution, die zehn Jahre lang Zeit hatte? Was herausgekommen ist, findet man in den Zahlen, man hat es uns einfach nicht so klar mitgeteilt. Aber ich habe probiert, es aufzuschlüsseln. Es ist nach meiner Ansicht nicht viel vorwärtsgegangen. Ein bisschen erinnert es mich an zwei Sachen: erstens an das amerikanische Konsumverhalten. Man gibt Geld aus, die Rechnung kommt dann später, und hoffentlich geht es auf. Zwangsläufig fällt mir da ein viertes Museum ein, über das wir heute Abend nicht sprechen. Das mausert sich für mich schon bald zum Feuerwehrmuseum 2.0, wenn es noch zehn Jahre in diesem Trend weitergehen würde. Deshalb ist die Frage, ob die eingeschlagene Richtung für das Museum Rosenegg – nicht für die beiden anderen – wirklich die richtige ist. Das Wort Alternative hat mir da wirklich gefehlt. Wie weiter? Aus meiner Sicht wäre der richtige Weg, die Botschaft zusammenzustreichen, den ganzen Bereich Rosenegg inkl. der CHF 80'000.– zusätzlich herauszunehmen, bei der bestehenden Förderung zu bleiben und im Rahmen einer 2. Lesung die angepasste Botschaft innerhalb der nächsten zwei Gemeinderatssitzungen durchzuwinken. Die beiden anderen Institutionen sind meiner Meinung nach klar unbestritten. Und als dritten Punkt, nachdem wir die wichtige Finanzierung der Museen Seemuseum und Planetarium gesichert haben, dem Stadtrat Zeit zu geben, echte Alternativen für das Museum Rosenegg zu prüfen. Braucht es das Geld? Ist es sinnvoll? Wenn ja, soll er es nochmals schreiben und uns vorlegen. Wenn er zu einem anderen Schluss käme – wider Erwarten – weil ich nicht weiss, ob er es geprüft hat oder nicht, weil ich es in der Botschaft nicht sehe, da das Wort Alternative fehlt, muss man sich sowieso überlegen, was man dann macht. Genau gleich sollte man es basierend auf Artikel 13 resp. Artikel 30 zur Demokratiehygiene, auch wenn wir dann den entsprechenden Betrag gewähren, es der Bevölkerung zur Abstimmung unterbreiten, also die Botschaft nach der 2. Lesung dem Volk im September mit den angepassten Beiträgen reduziert um das Rosenegg unterbreiten.

SR Moos: Bezüglich Museum Rosenegg möchte ich noch ein paar Sachen ausführen. Das Museum Rosenegg, ich habe es vorhin in der Beantwortung einer Frage von GR Dufner bereits erwähnt, war ursprünglich das Heimatmuseum von Kreuzlingen. Es ist schwierig, es mit Pro-Kopf-Kosten für die öffentliche Hand zu bemessen. Denn das Museum Rosenegg erfüllt nicht nur die Vermittlung der Inhalte, sondern es bewahrt das Kulturerbe unserer Stadt. Andere Städte lösen das über ein Stadtarchiv, welches natürlich auch mit den entsprechenden Stellen besetzt werden muss. Ich kenne zum Beispiel die Stadt Frauenfeld, die das so organisiert hat. Das Museum Rosenegg hat in diesem Kontext, bis jetzt zumindest, jetzt wird es ein bisschen breiter aufgestellt, dem kulturellen Erbe von Kreuzlingen einen sehr wichtigen Dienst erwiesen und wird das auch weiterhin tun. So hüten das Rosenegg und das Seemuseum gemeinsam rund 20'000 Objekte der städtischen und regionalen Geschichte, die es zu erforschen und aufzubewahren gilt. Das mag auf den ersten Blick kostenintensiv klingen, gleichzeitig bildet das Museum Rosenegg aber das Gedächtnis unserer Stadt. Und diese Aufgabe besteht unabhängig der Besucherzahlen. Es ist egal, ob 5'000 Besucher das Museum besuchen oder 10'000. Das Bewahren des kulturellen Erbes und der Identität von Kreuzlingen muss jemand machen. Und ich glaube, es ist ein riesiger Glücksfall, dass das Museum Rosenegg unter seiner sehr guten Leitung diese Aufgabe übernehmen kann. Deshalb möchte ich Sie bitten, den Rückweisantrag von GR Dufner abzulehnen.

GR Knöpfli: Vielleicht habe ich jetzt ein bisschen Mühe mit den vielen und zahlenlastigen Fragen. Aber ich lese die Zusammenstellung in Beilage 4 auf Seite 21 massiv anders als Kollege Dufner. Ich sehe keinen Rückgang von ehrenamtlichen Tätigkeiten um 75 %, sondern ich sehe, dass das Rosenegg bis 2016 im Ehrenamt geleitet wurde und 2017 aus dieser ehrenamtlichen Leitung eine bezahlte Stelle gemacht worden ist. Beim Rückgang handelt es sich um eine Verschiebung vom Ehrenamt zu bezahlt – ausser ich hätte deine Frage wirklich komplett falsch verstanden.

GR Dufner: Natürlich stimmt das zum Teil, aber das war bei allen anderen Museen auch der Fall. Zum Beispiel wurde, vielleicht nicht im gleichen Umfang, die Leitung im Ehrenamt im Seemuseum 2016 ebenfalls gestrichen und übernommen. Um die detaillierten Zahlen kann man sich streiten, Fakt ist, dass wir, zumindest nach meinem Verständnis, und wenn ich mich irre, entschuldige ich mich, im Grundsatz zwei Mal positive und einmal negative Tendenzen haben.

GR Bitschnau: Ich sehe es so mit den Ehrenämtern: Wenn man die 80 %-Leitungsstelle herausrechnet, ist es überall ein Anstieg, wenn auch in unterschiedlicher Höhe. Aber es haben auch nicht alle Vereine das Problem, dass sie keine Nachfolge finden. Zwar viele, aber nicht alle. Ich möchte zum Beispiel Bezug auf die Feuerwehr nehmen, denn sie hat keine Nachwuchsprobleme. Es gibt schon Vereine, die auch heute noch ansprechend sind für die nächste Generation oder wen auch immer. Du hast dich auf den starken Anstieg beim Bodensee Planetarium bezogen. Das ist vielleicht für die nächste Generation sexier, als eine Führung durch stadttarchivierte Sachen im Rosenegg zu machen. Das verstehe ich irgendwie auch.

GR Ricklin: Ich finde Kritik gut und wenn man genauer hinschaut. Was ich bei diesen vielen Fragen und dieser Diskussion aber extrem schade finde ist, dass man anfängt, die drei Museen gegeneinander auszuspielen. Ich sehe es so, und das war eigentlich so gedacht, als man mit den zusätzlichen Geldern und der Professionalisierung anfang, dass die drei Museen als Team agieren. Ich finde es auch gut, dass das mit den Webseiten und der Vernetzung erwähnt wurde oder dass der Auftritt einheitlicher werden könnte. Aber diese Zahlen gegeneinander auszuspielen, macht mir jetzt doch ein bisschen Mühe, denn ich denke, diese drei Museen sind eine Einheit. Man kann da geteilter Meinung sein und das Rosenegg als Klumpfuss betrachten, aber ich sehe es als Ergänzung, und es ist auch eine Ergänzung. Was ich auch nicht verstehe, ist das Schlechtreden wegen zu wenig Erfolg. Gerade die Sonderausstellung "Geplatzte Stadträume" hatte grossen Erfolg und brachte ein Drittel mehr Besucherinnen und Besucher ins Museum. Ich glaube, darauf kann man aufbauen. Es gibt jetzt auch mehr Geld, dann kann man auch mehr machen, was auch die Idee ist. Es soll sich weiterentwickeln, und es haben sich sicher alle Museen weiterentwickelt. Ich möchte nicht, dass das gegeneinander ausgespielt wird. Es ist wie Äpfel und Birnen miteinander zu vergleichen, was ich sehr, sehr schade finde. Die drei Stiftungsräte arbeiten übrigens auch sehr gut zusammen. Sie kommen jedes

Jahr zu uns in die GKS, um Rechenschaft abzulegen. Man sieht, dass sie sich einsetzen. Dass sie mit Herzblut dabei sind, spürt und sieht man. Ich möchte appellieren, diese Arbeit zu honorieren und zu unterstützen. Das eine ist die Professionalisierung, das andere das Ehrenamt. Und wie gesagt, diese drei bilden eine Einheit.

SR Moos: Ich möchte GR Dufner auf Seite 18 des Museumskonzepts verweisen, wo die Besucherzahlen und Statistiken des Museums Rosenegg detailliert aufgeführt sind. Und wenn wir schon dabei sind, Zahlen und Diagramme zu analysieren, stelle ich fest, dass wir seit dem Jahr 2022 im Museum Rosenegg jeweils vier Sonderausstellungen hatten und dass die Anzahl Besucherinnen und Besucher kontinuierlich steigt. Wir hatten von 2023 auf 2024 einen Riesensprung von 3'827 Besucherinnen und Besucher auf 5'219. Genau das gleiche Bild ergibt sich bei der Anzahl Klassen. 2022 waren es 15 Schulklassen. Diese Zahl konnte 2023 und 2024 auf über 30 Schulklassen verdoppelt werden. Ich denke, die Museen haben auch ganz unterschiedliche Funktionen. Ich habe vorhin probiert, es zu erklären. Das Heimatmuseum oder das heutige Museum Rosenegg beleuchtet eher das städtische Leben oder hat bisher hauptsächlich das städtische Leben beleuchtet. Es ist vermessen, daran zu glauben, dass irgendjemand aus Bern hierherkommt, um das Heimatmuseum von Kreuzlingen anzuschauen. Das wird sich hoffentlich in Zukunft ändern. Das Seemuseum hat da schon eine ganz andere Strahlkraft. Es thematisiert den See, ist somit überregional und kann somit viel mehr Publikum generieren. Und ganz anders sieht es beim Planetarium aus. Es ist eines von drei Planetarien der Schweiz und mittlerweile das drittgrösste und hat das Potenzial, wesentlich mehr Besucherinnen und Besucher zu generieren und schöpft dieses Potenzial auch aus. Soviel noch als Ergänzung zu den Ausführungen von GR Dufner.

STP Niederberger: Wenn wir von der Personalentwicklung von 2016 bis 2024 sprechen, sind das Stichjahre. 2016 war es so, dass jedes Museum eine eigene Ausgangslage hatte. Jedes hatte seine eigene Entwicklung. Die einen hatten vielleicht schon die Kraft, gewisse Stellenprozente selbst zu machen, andere arbeiteten noch sehr stark mit Freiwilligenarbeit. Das Museumskonzept, welches wir damals erarbeitet haben, hatte genau zum Ziel, diese drei Museen auf etwa denselben Stand zu bringen, damit sie sich gleich entwickeln und weiterhin leicht gute Arbeit machen können. Zwischendurch wurden auch die Baurechtsverträge angepasst. Jedes Museum hatte einen anderen Baurechtsvertrag. Auch da wollten wir die gleiche Ausgangslage schaffen. Heute ist auch das alles gleichgestellt. Und wenn ich die Personalentwicklung und Professionalisierung anschau, hatte das Seemuseum ein Ehrenamt von 20 %, war aber bei der Professionalisierung schon bei 70 %. Der ehrenamtliche Teil ging dann ebenfalls ins Professionelle über, indem sie professionell von 70 % auf 90 % aufstocken konnten. Das Museum Rosenegg hatte 2016 eine ehrenamtliche Leitung von 80 %, die dann überführt werden konnte. Man stelle sich vor, ein Museum Rosenegg mit einer ehrenamtlichen Leitung führen und leiten! Seit 2024 haben wir eine professionelle Leitung von 80 %. Auch da konnte man also diese Entwicklung machen. Es war genau das Ziel des Museumskonzepts, die Museen unter ein Dach zu bringen, damit sie sich im Gleichschritt entwickeln und Synergien gewinnen können. Ich glaube, das konnten wir sehr gut erreichen und ich bitte Sie, dieser Botschaft zuzustimmen.

GR Ch. Brändli: GR Dufner macht das Ganze beim Museum Rosenegg auch ein bisschen abhängig von der ausstehenden Leistungsvereinbarung mit dem Kanton. Auch in der GKS wurde die Frage gestellt, wann dazu der Stadtrat mehr weiss. Uns wurde gesagt, es sei nicht möglich, dass vor Juli 2026 Klarheit herrscht, ob diese Leistungsvereinbarung zustande kommt oder nicht. Zum Antrag auf eine 2. Lesung kann ich sagen, dass eine 2. Lesung innerhalb der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung, also entweder am 19. März oder am 7. Mai stattfinden müsste. Dann wüssten wir aber auch noch nicht, was mit dieser Leistungsvereinbarung ist. Deshalb bringt es nichts, eine 2. Lesung anzusetzen.

GR Wolfender: Ich möchte nicht künstlich verlängern, aber wir haben die Beilage 5 mit den Leistungsvereinbarungen, die ein Teil der Controllinginstrumente darstellen, ob die Museen ihre Leistungen erfüllen, die wir mitfinanzieren. Möglicherweise kommt das kritische Hinschauen von daher, dass beim Entwurf der Leistungsvereinbarung mit dem Museum Rosenegg im Gegensatz zu den anderen Museen kein Besucheranstieg gefordert wird. Wenn zweitens das Museum Rosenegg einen

archivarischen Auftrag für die Stadt hat, müsste das mindestens so in der Leistungsvereinbarung stehen, damit auch klar ist, dass da neben dem Kulturgüterschutzraum Dienstleistungen enthalten sind, welche die Stiftung Museum Rosenegg für die Stadt Kreuzlingen erbringt. Daher müsste man zumindest die Leistungsvereinbarung, die als Entwurf vorhanden ist, anpassen.

GR Salzmännli: GR Dufner fordert eine 2. Lesung, das ist sein gutes Recht. Er fordert aber, dass der Stadtrat für die 2. Lesung seine Botschaft anpasst. Das ist gemäss Artikel 26 Abs. 3 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht möglich. "Die 2. Lesung findet an einer der zwei folgenden Sitzungen statt. Sind in der ersten Lesung Änderungen beschlossen worden, ist die neue Fassung den Gemeinderatsmitgliedern und dem Stadtrat vor der 2. Lesung zuzustellen." Änderungen haben wir übrigens keine beschlossen. Das bedeutet, was GR Dufner fordert, dass der Stadtrat etwas ändert und mit einer neuen Botschaft in die 2. Lesung kommt, ist faktisch nicht möglich. Es wäre ein Rückweisungsantrag nötig und nicht ein Antrag auf eine 2. Lesung, wenn du möchtest, dass wir beispielsweise das Rosenegg herausnehmen.

Die Ratspräsidentin: Zuerst müsste ein Antrag vorliegen, dass das Museum Rosenegg aus der Erhöhung der Beiträge herausgenommen wird. Wenn diesem Antrag zugestimmt würde, könnte eine 2. Lesung beantragt werden.

GR Dufner: Das ist in den vielen Voten ein bisschen verloren gegangen. Das Erste ist ein Antrag, das Rosenegg auszuklammern, das machen wir. Das Zweite wäre dann die 2. Lesung, wo der Stadtrat Zeit hätte, das umzusetzen, es aus der Botschaft herauszunehmen, uns nochmals ohne Rosenegg vorzulegen. Dann können wir das zeitnah im Interesse aller für die zwei verbleibenden Museen verabschieden. Ein dritter, logischerweise daraus konsequenterweise folgender Antrag, der vielleicht ein bisschen Zeit in Anspruch nimmt und daher auch nach Mitte 2026 kommen könnte – das an GR Brändli gerichtet, weil man dann weiss, was mit der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton ist – ist, dass der Stadtrat nochmals auf uns zukommt mit dem Vorschlag fürs Rosenegg.

Abstimmung

Der Antrag, das Museum Rosenegg aus der Erhöhung herauszunehmen, wird mit 2 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Ratspräsidentin: Weil wir an der Botschaft keine Änderung beschlossen haben, erübrigt sich eine 2. Lesung.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung angenommen.

Motionen

5. Motion Förderung von erneuerbarer Energie und Energielösungen auf Gemeindegebiet / Begründung

Die Ratspräsidentin: Die Motion wurde an der Sitzung vom 13. November 2025 an den Stadtrat überwiesen.

GR Merk: 2025 seien die Risiken einer energiepolitischen Erpressung durch Exporteure fossiler Brennstoffe weiterhin hoch gewesen, schreiben gestern die Autoren der Denkfabrik EMBO aus Grossbritannien in ihrem aktuellen Bericht. Darin steht: "Investitionen in heimische erneuerbare Energien sind eine zentrale Strategie, um dieses Risiko zu senken, da geopolitische Entwicklungen weiterhin für Instabilität sorgen." So wird also der Bericht gestern in den Medien zitiert. Man könnte meinen, die hätten gewusst, dass wir heute diese Motion begründen dürfen. Mit der vorliegenden Motion sollen der Stadtrat und Energie Kreuzlingen beauftragt werden, eine umfassende Ausbaustrategie für lokal erneuerbare Energieproduktion und -speicherung zu prüfen und vorzulegen, mit dem Fokus auf Unterstützung und Beteiligung der Bevölkerung. Der Vorstoss soll kein einzelnes Förderinstrument sein, sondern eine strategische Weichenstellung. Wie wollen wir als Stadt und als

Eigentümerin von Energie Kreuzlingen künftig den Ausbau der lokalen erneuerbaren Energieproduktion und -speicherung gestalten? Eine wesentliche Rolle bei all diesen Überlegungen übernimmt die Solarenergie. Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Einspeisung von Strom aus dieser erneuerbaren Quelle sind verhältnismässig schlecht. Mit der Revision des Stromversorgungsgesetzes treten ab sofort, also seit 2026, neue Regeln für Rückliefertarife in Kraft. Der Tarif, das war die ursprüngliche Version, wird vierteljährlich dem Markt angepasst und dürfte ungefähr bei 6 Rappen pro Kilowattstunde liegen. Die Folge: Photovoltaikanlagen ohne hohen Eigenverbrauch werden deutlich unattraktiver, insbesondere für Privathaushalte und KMU. Kreuzlingen nutzt aktuell nur rund 12 % seines Solarpotenzials. Beim Kanton sind es 16 %, andere vergleichbare Schweizer Gemeinden kommen auf rund 14 %. Wenn wir das ändern wollen, brauchen wir gute und klare Rahmenbedingungen und eine durchdachte Gesamtstrategie. In der Herbstsession 2025 hat das Schweizer Parlament zusätzlich beschlossen, dass die Rückliefervergütung künftig noch stärker am tatsächlichen Marktpreis ausgerichtet werden soll, also dynamischer wird. Die Einspeisung soll zeitlich besser gesteuert werden können, wodurch Speicherlösungen attraktiver werden, weil sie helfen, den Strom dann bereitzustellen, wenn er gebraucht wird. Gleichzeitig bleibt die Mindestvergütung bestehen, welche starke Schwankungen auffangen soll. Eine zeitgemässe, intelligente, flexible Lösung auf Bundesebene. Unsere Motion schliesst genau hier an. Wir möchten die Entwicklung auf lokaler Ebene ergänzen. Die Gemeinde und unsere Energieversorger sollen mit gezielten Anreizen wie Speicherförderung und klaren strategischen Vorgaben dafür sorgen, dass diese neuen Preissignale auch tatsächlich wirken können. Im Vorstoss ist die Rede von einem Solarfonds. GR Salzmann hat uns netterweise darauf aufmerksam gemacht, dass er diesen nicht finde und wo dieser denn versteckt sei. Vielen Dank. Gemeint ist der bereits bestehende Rahmenkredit mit der Nummer 150350 von Energie Kreuzlingen, der für den Neubau von grösseren Solaranlagen vorgesehen ist und gemäss Budget ein Volumen von CHF 1.3 Mio. aufweist. Die damalige Grundidee hat nicht wie gedacht funktioniert. In den vergangenen Jahren konnte man gar keine geeigneten Dachflächen für neue, grosse Solaranlagen finden. Energie Kreuzlingen ist, auch gemäss Auskunft von Stefan Wehrli, in diesem Bereich wieder aktiver und prüft derzeit die Umsetzung einer Anlage auf dem Parkplatz Hörnli. Unsere Motion beantragt also keinen neuen Fonds, sondern wir möchten, dass das aktuelle Instrument überprüft, neu ausgerichtet und künftig klar definiert auch für Speicherlösungen eingesetzt werden kann. Die Motion nennt bewusst keine fixe Subventionssumme. Nicht weil es uns egal wäre, sondern weil verschiedene Fragen von Seiten Energie Kreuzlingen zuerst seriös geklärt werden müssen. Zum Beispiel wie wir die bestehenden Fördergefässe nutzen und in welcher Kombination die Massnahmen überhaupt Sinn machen, damit sie zukunftsgerichtet sind. Eine der grossen Herausforderungen von Energie Kreuzlingen werden künftig die Netzkapazitäten sein, völlig unabhängig von unserem Vorstoss. Das Netz muss aufgebaut werden. Das Gesamtsystem von Strom zu kaufen und liefern kann nicht mehr funktionieren wie noch vor wenigen Jahren und macht das jetzt schon nicht mehr. Unser Vorstoss verlangt eine vertiefte strategische Antwort auf veränderte Rahmenbedingungen. Es liegt im Interesse der Stadt, dass kleine Stromproduzentinnen und Stromproduzenten gute, finanziell attraktive Bedingungen erhalten und gleichzeitig der Stadt helfen, die Herausforderungen in Bezug auf Netzausbau und schwankende Belastungen zu meistern. Das sind eigentlich drei Punkte: Kommunale Energieversorger haben noch Spielräume bei der Tarifgestaltung, insbesondere durch die Kombination des Rückliefertarifs und dem Herkunftsnachweis (HKN). Eine Erhöhung des HKN-Beitrags auf +10 % würde den lokal produzierten Solarstrom zusätzlich aufwerten und Investitionen in Anlagen attraktiver machen. Speicherlösungen in Haushalten und Unternehmen erhöhen den Eigenverbrauch, reduzieren die Einspeisespitzen und entlasten das Netz insgesamt. Durch eine Einspeisevergütung von mindestens 10 % über dem gesetzlichen Minimum, kombiniert mit den vorhin erwähnten Massnahmen, setzt Kreuzlingen ein starkes Zeichen für lokale Wertschöpfung, für Klimaschutz, für Versorgungssicherheit und Energieunabhängigkeit. Unsere Motion fordert also eine gut durchdachte, kombinierte Strategie aus verschiedenen Massnahmen zusätzlich zu den aktuellen neuen Modellen wie virtuelle ZEV oder LEG. wir haben uns über die breite Unterstützung unseres Anliegens bei der Einreichung gefreut und hoffen, dass dies dazu führt, dass Kreuzlingen in diesen Punkten wichtige Schritte vorwärts machen kann.

Postulate

6. Postulat Eigenleben der Energie Kreuzlingen / Begründung

Die Ratspräsidentin: An der Sitzung vom 13. November 2025 wurde dieses Postulat an den Stadtrat überwiesen.

GR Salzmann: An der letzten Sitzung vom 13. November 2025 haben wir unter anderem das Budget des Departements Energie Kreuzlingen behandelt, während wir das Budget aller anderen Departemente unserer Stadtverwaltung traditionell immer eine Sitzung vorher behandeln. Warum ist das so? Was ist so besonders an Departement Energie Kreuzlingen, dass es nicht nur in diesem Fall, sondern in vielen im Postulat, natürlich nicht abschliessend aufgezählten Fällen Dinge anders macht als alle anderen Departemente unserer Stadt? Käme ein anderer Stadtrat auf die Idee, Verwaltungszeit für ein eigenes Logo oder eine eigene Mailadressenendung zu verwenden? Da höre ich aus dem Departement Energie Kreuzlingen immer: "Wir sind halt speziell. Wir müssen unternehmerisch denken." SR Zülle, muss die Bauverwaltung nicht auch unternehmerisch denken? Ich glaube doch. Oder darf man nur unternehmerisch denken, wenn man ein paar Promille des Gesamtumsatzes tatsächlich auf dem freien Markt errungen hat? Eine Verwaltung hat andere Aufgaben als ein Unternehmen. Keine bessere, keine schlechtere, sondern andere. So auch Energie Kreuzlingen, die sich als Monopolist an Tausende von Regulierungen der höheren Ebene zu halten hat, rechtssicher und den Verwaltungsprinzipien verpflichtet sein muss. Von sozialdemokratischer Seite höre ich immer, Energie Kreuzlingen sei ein Unternehmen. Ist es das? Nein. Es ist juristisch betrachtet ein Teil der Verwaltung unserer Stadt. Gern erwarte ich von der SP den politischen Vorstoss zur Verselbstständigung von Energie Kreuzlingen, dann können wir gern darüber sprechen. Das wäre konsequentes Handeln. Aber bis dahin ist das Departement Energie Kreuzlingen ein ganz normales Departement. Kein besseres, kein schlechteres, sondern dient unserem Gemeinwesen wie alle anderen Departemente auch. Wenn ich ein Mail aus dem Departement Energie Kreuzlingen erhalte, man werde die Infos der Stadtverwaltung weiterleiten, dann sagt das viel über das Eigenleben dieses Departements aus. Schicken sie die Infos dann an sich selbst? Sie sind Teil der Verwaltung. Wenn ich aus dem Departement höre, man habe eben ganz spezielle IT-Applikationen und könne sich deshalb nicht der allgemeinen IT-Strategie der Stadt unterwerfen, dann frage ich: Hat denn die Bauverwaltung nicht auch spezielle Applikationen? Gibt es bei den Sozialen Diensten nicht auch spezielle Applikationen? Oder beim Personaldienst? Wohl kaum. Jedes Departement hat seine eigenen Applikationen, und das ist auch gut so. Aber nicht einmal die Kommunikationsabteilung der Stadt Kreuzlingen hat verstanden, dass Energie Kreuzlingen einfach nur eines von vielen Departementen ist. Da heisst es in einer Medienmitteilung zu einem Mitarbeiteranlass im Dreispitz letzten Sommer "die Mitarbeiter von Stadt und Energie Kreuzlingen". Warum werden die Liegenschaftsverwaltung oder der Ordnungsdienst nicht auch speziell erwähnt? Selbst im vorherigen Vorstoss der Grünen heisst es: "Die Stadt und Energie Kreuzlingen sollen [...]." Ich habe noch nicht herausgefunden, warum das so gemacht wird. Es sind alles gleichwertige Departemente. Wir haben auch bei der Beratung des EnK-Gebäudes gemerkt, dass man nicht in der Lage war, alle Grossgeräte der Stadt in einem Gebäude zu verstauen. Wohl weil Energie Kreuzlingen etwas Besonderes ist? Schluss damit. Energie Kreuzlingen ist ein wertvolles Departement in unserer Stadtverwaltung wie alle anderen auch und trägt zum Gelingen unserer Gemeinschaft bei. Angesichts der Rekordverschuldung unserer Stadt wie auch der extrem hohen Gebühren von Energie Kreuzlingen können wir uns ein solches Eigenleben mit entsprechenden Verwaltungskosten einfach nicht mehr leisten. Dies ist ein Postulat zur Verbesserung der Verwaltungskultur in unserer Stadt. Ich hoffe auf wohlwollende Zustimmung von Stadt- und Gemeinderat.

7. Postulat Errichtung eines mobilen Soccer Courts im Seeburgpark / Begründung

Die Ratspräsidentin: Das Postulat wurde an der Sitzung vom 13. November 2025 an den Stadtrat überwiesen.

GR Dogru: Mir ist es in dieser Diskussion besonders wichtig zu erklären, weshalb der Seeburgpark der richtige Standort für dieses Projekt ist. Der geplante mobile Soccer Court richtet sich ausdrücklich an die Allgemeinheit. Er ist frei zugänglich, kostenlos und ohne Vereinsbindung. Für ein solches Angebot braucht es einen zentralen, öffentlichen und gut erreichbaren Ort. Der Seeburgpark erfüllt diese Voraussetzungen in besonderer Weise und ist als Freizeit- und Begegnungsraum etabliert. Der Park ist zudem sicher und einfach erreichbar, insbesondere über die Hafentunnelunterführung, welche eine direkte, vom motorisierten Verkehr getrennte Verbindung aus den umliegenden Quartieren bietet. Das ist gerade für Kinder und Jugendliche ein wichtiger Sicherheitsaspekt. Zum Thema Beleuchtung möchte ich klar festhalten, mit diesem Postulat wird keine automatische Bewilligung einer Beleuchtung verlangt. Es geht darum, im Rahmen der Prüfung zu klären, ob und in welcher Form eine eingeschränkte, mobile Beleuchtung möglich ist. Gemeint ist ausdrücklich keine Flutlichtanlage und keine dauerhafte Installation, sondern eine technisch einfache, mobile, blendarme und nach unten gerichtete Beleuchtung, die ausschliesslich der Sicherheit in den Randzeiten dient. Die Nutzung soll zeitlich klar begrenzt sein und kann mit festen Abschaltzeiten versehen werden. Entscheidend ist, dass diese Frage geprüft und nicht vorweggenommen wird. Der Soccer Court selbst ist mobil, zeitlich begrenzt und vollständig rückbaubar. Er stellt keine dauerhafte bauliche Veränderung des Parks dar, sondern eine flexible Ergänzung zur bestehenden Nutzung. Weil dieses Angebot der gesamten Bevölkerung offensteht, gehört es an einem Ort, der öffentlich, zentral und sicher erreichbar ist. Der Seeburgpark erfüllt diese Kriterien. Ich bitte Sie deshalb, die Platzierung im Seeburgpark sowie die offene fachliche Prüfung der Beleuchtungsfrage zu unterstützen.

Interpellationen

8. Interpellation mehr Sicherheit im Rad- und Fussverkehr / Begründung

Die Ratspräsidentin: Die Interpellation wurde an der Sitzung vom 13. November 2025 an den Stadtrat überwiesen.

GR Ruedi Herzog: Velo- und Fussgängerverkehr sind neben dem ÖV eines der Mittel, um einem steigenden Verkehrsaufkommen und den damit verbundenen Folgen Stau, Lärm, CO₂-Ausstoss etc. entgegenzuwirken. Gleichzeitig sind Velofahrerinnen und Velofahrer sowie Fussgänger die schwächsten Verkehrsteilnehmer. In der Wahrnehmung vieler Fussgänger, Velofahrerinnen und Velofahrer tut sich in den letzten Jahren wenig bis gar nichts zur Verbesserung ihrer Sicherheit im städtischen Verkehr. Immer wieder lesen wir leider von Unfällen mit Velofahrerinnen und Fussgängern. Da erwartet die SP ein zügigeres Vorgehen der Stadt, wohlverstanden nicht nur mit teuren Gesamtkonzepten, sondern auch mit pragmatischen, kleinen Massnahmen an allen neuralgischen Punkten. Dafür braucht es aber zuerst eine möglichst genaue Datengrundlage, um zu erkennen, wo welche Massnahmen möglich sind und insbesondere Handlungsbedarf besteht. Daraus leiten sich auch die gestellten Fragen ab.

9. Interpellation Prüfung einer Vorverschiebung des Kreuzlinger Jahrmarkts / Begründung

Die Ratspräsidentin: Auch diese Interpellation wurde an der Sitzung vom 13. November 2025 an den Stadtrat überwiesen.

GR Dogru: Mit dieser Interpellation geht es ausdrücklich nicht darum, den Kreuzlinger Jahrmarkt ins Frühjahr oder in den Sommer zu verschieben. Der Jahrmarkt soll im Herbst bleiben. Es geht ausschliesslich um eine gezielte Anpassung des bestehenden Termins innerhalb des Herbstes, beispielsweise vom letzten Montag im Oktober auf den letzten Montag im Herbst oder auf einen früheren Termin im Oktober. Ziel ist es, bessere und verlässlichere Wetterbedingungen zu schaffen, ohne den Charakter und die Tradition des Jahrmarkts zu verändern. Im vergangenen Jahr wurde der Jahrmarkt

erst abgesagt, nachdem die Marktstände bereits aufgebaut waren. Viele Marktleute hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Lebensmittel vorbereitet, Waren eingekauft und viel Zeit investiert. Der gesamte Aufwand sowie die entstandenen Kosten waren damit verloren. Diese Situation hat zu einer grossen Verunsicherung geführt. Bei mir persönlich, aber vor allem auch bei den Marktleuten. Vielleicht fragen sich einige mittlerweile ernsthaft, ob sie unter diesen Umständen überhaupt noch einen Stand mieten sollen. Das ist für einen traditionsreichen Anlass ein ernstzunehmendes Signal. Genau deshalb ist es wichtig, dass wir dieses Thema frühzeitig gemeinsam angehen. Mir geht es nicht um einen Entscheid von oben, sondern darum, dass die Betroffenen aktiv einbezogen werden. Selbstverständlich müssen bei einer möglichen Terminverschiebung auch die zwei Wochen Schulferien berücksichtigt werden. Diese sind für viele Familien relevant und beeinflussen sowohl die Besucherzahlen als auch die Verfügbarkeit der Beteiligten. Gerade deshalb ist es mir wichtig, dass es nicht um einen schnellen Entscheid, sondern um eine sorgfältige Prüfung geht. In dieser Prüfung sollen neben den Wetteraspekten auch die Schulferien, bestehende Termine sowie die Rückmeldungen von Marktleuten und der Bevölkerung einfließen. Nur wenn alle diese Punkte gemeinsam betrachtet werden, kann eine gezielte Anpassung des Jahrmarkttermins sinnvoll und breit akzeptiert sein.

10. Interpellation Zukunft Restaurant und Biergarten Fischerhaus / Begründung

Die Ratspräsidentin: Die Interpellation wurde an der Sitzung vom 13. November 2025 an den Stadtrat überwiesen.

GR Ruedi Herzog: Wer kennt das Fischerhaus nicht? Wer geniesst nicht immer mal wieder die einzigartige Atmosphäre dieses Platzes am See? Ein Treffpunkt für Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger, für Touristen, für Benutzer des Campingplatzes – schlicht für alle. Kreuzlingen rühmt sich zu Recht, eine Uferlinie zu haben, welche weitestgehend öffentlich zugänglich ist. Das soll – nein das muss so bleiben. Das Fischerhaus ist dank seiner Lage nicht einfach ein Restaurant wie sonst irgendeines. Es ist mehr, und damit gilt es, ganz sorgfältig mit diesem Platz am See umzugehen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Stadt hier eine besondere Verpflichtung hat. Diese kann sie vollumfänglich eigentlich nur als Besitzerin der Liegenschaft wahrnehmen. Was braucht es dazu? Nötig ist eine klare Strategie des Stadtrats. Das Verhältnis zum Campingplatz muss geklärt sein, die generellen Ziele, die man an diesem Platz verfolgen will, welche baulichen Massnahmen wirklich notwendig sind und welche vielleicht nicht unbedingt notwendig sind. Wir hoffen, dass der Stadtrat die Bedeutung des Fischerhauses richtig erkannt hat und einen Weg findet, den Charakter dieses Hauses auch in Zukunft zu erhalten. Frei nach dem Motto: Von der Stadt für die Stadt.

Verschiedenes

11. Schriftliche Anfrage betreffend Einführung des neuen Parkplatzregimes ab dem 1. Juli 2025 / Beantwortung

Die Ratspräsidentin: Der Einladung zur heutigen Sitzung lag die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage durch den Stadtrat bei. Eine Diskussion findet nicht statt.

11. Verschiedenes

11.1 Baurechtsvertrag Parzelle 5064 Seezelg – Tennishalle am See

GR Dogru: Betreffend Baurechtsvertrag Parzelle-Nr. 5064 Seezelg: Der Gestaltungsplan Seezelg erlangte im Oktober 2024 Rechtskraft, die vertragliche Frist zur Einreichung der Baueingabe endete im April 2025 und ist seit Mai 2025 überschritten. Meine Frage an den Stadtpräsidenten: Geht das Stadtpräsidium aktuell davon aus, dass die Tennishalle am See AG gemäss bestehendem Vertragszweck eine Tennishalle realisieren möchte?

STP Niederberger: Es besteht ein Baurechtsvertrag, der hier im Gemeinderat verabschiedet worden ist mit der Tennishalle am See AG, die im Seezelg eine Tennishalle errichten möchte. Ein dazu

vorliegendes Projekt ist im Grundbuch hinterlegt. Der Baurechtsvertrag ist beurkundet, aber die Eigentumsübertragung hat noch nicht stattgefunden. Diese findet statt, wenn eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt. Dies ist an Fristen gebunden, welche auch durch die Zonenplanrevision und durch ein Verfahren Genehmigung Gestaltungsplan Seezelg beeinflusst worden sind. Der Stadtschreiber und ich sind in Kontakt mit dem Baurechtsnehmer. Er ist für uns im Moment die Ansprechperson. Wir haben einen beurkundeten Vertrag mit ihm. Er ist daran, das Projekt zu überarbeiten. Gespräche dazu haben auf der Bauverwaltung bereits im Dezember stattgefunden. Das Projekt muss auch noch von der Stadtbildkommission angeschaut werden. Sollte sich das Projekt oder der Zweck ändern, muss das mittels einer Gemeinderatsbotschaft im Gemeinderat behandelt werden. Sollte der Baurechtsnehmer das Projekt nicht umsetzen wollen oder der Gemeinderat die Zweckänderung ablehnen, würde das bedeuten, dass man wieder auf Feld 1 wäre und das Baurecht neu ausschreiben müsste. Stand heute ist ein Projekt in Bearbeitung. Wir sind in Kontakt und aktuell ist der Baurechtsnehmer gewillt, das Projekt entsprechend umzusetzen.

GR Dogru: Wurde der Tennishalle am See AG eine zeitliche Frist gesetzt?

STP Niederberger: Wir haben Termine gesetzt. Während dieser Zeit musste er das Projekt überarbeiten, jetzt laufen die Gespräche auf der Bauverwaltung. Wir sind also dran und wollen auch eine Entscheidung haben, dass es dort vorwärtsgeht.

11.2 Wohnraumanalyse

GR Kuntzemüller: Es geht wieder einmal um die Wohnraumanalyse. Und ja, ich finde es auch langweilig, das ist aber null selbstverschuldet. Uns wurde zweimal versprochen, dass die Ergebnisse der Wohnraumanalyse im Herbst vorliegen werden. Deshalb haben wir unsere Füße ab Dezember 2024 stillgehalten. Ich und wir fragen uns: Wie lange soll der Herbst noch dauern? Wir wollen jetzt vom Stadtpräsidenten bitte wissen, was der aktuelle Stand ist.

STP Niederberger: Ich habe mit dieser Frage gerechnet und mich deshalb vorbereitet. Ich habe es versprochen. Die Wohnraumanalyse liegt vor und wir möchten diese öffentlich vorstellen. Wir haben sie im Stadtrat zur Kenntnis genommen. Darin enthaltene Massnahmen bzw. Vorschläge haben wir bearbeitet. Jetzt geht es darum, dass wir die Wohnraumanalyse öffentlich vorstellen möchten. Leider war es nicht ganz einfach, einen Termin zu finden, wann der Dreispitz frei ist. Wir haben jetzt aber einen Termin gefunden. Die Informationsveranstaltung wird am Montag, 2. März um 18.30 Uhr im Dreispitz stattfinden. Die Kommunikationschefin und ich werden nächste Woche die Kommunikation auf den Weg bringen. Selbstverständlich werden auch die Verfasser der Wohnraumanalyse anwesend sein. Wir werden sie präsentieren, natürlich auch mit einem Ausblick des Stadtrats, wie wir uns die weiteren Schritte vorstellen können. Ich war mir natürlich bewusst, dass du das gern ein bisschen schneller hättest und habe deshalb gewisse Massnahmen bereits vorgezogen. SR Brüllmann und ich werden nächstens ein Teams-Meeting haben, wo wir bereits versuchen, gewisse Massnahmen vorzuspüren, damit wir nicht nichts machen und nachher vielleicht ein bisschen schneller sind.

GR Kuntzemüller: Eine riesige Präsentation mit zig Beteiligten haben wir nie verlangt. Die Ergebnisse hätten längst kommuniziert werden können.

11.3 Einreichung parlamentarische Vorstösse

GR Schulthess: Die sozialdemokratische Fraktion hat soeben vier Vorstösse nacheinander begründet. Darüber bin ich ein bisschen überrascht, weil aus dieser Fraktion einmal ein Vorstoss gekommen ist, man solle das, um Zeit zu sparen und uns im Gemeinderat nicht zu überfordern, nicht mehr machen. Meine Frage geht nun an die Ratspräsidentin, ob das jetzt nicht mehr so ist, dass wir überfordert sind und nicht mehr zu viel Zeit brauchen? Du hast den Vorstoss entworfen.

Die Ratspräsidentin: Genau, ich habe das aufgeworfen. Wir haben das im Gemeinderat diskutiert, und die Mehrheit war der Ansicht, dass ihr das Instrument gerne beibehalten möchtet. Dieses besteht also weiterhin, somit dürfen es alle nutzen, die einen Vorstoss einreichen möchten.

11.4 Verabschiedung GR Cornel

GR Cornel: Jetzt ist es soweit, meine nicht sehr lange, dafür interessante Zeit im Gemeinderat geht zu Ende. Ich habe viel über politische Prozesse gelernt und es geschätzt, manchmal vielleicht auch bei ein bisschen polemischen Reden von Mitbürgern oder von Kollegen ein bisschen fundierte Informationen geben zu können. Als Christian Brändli mich während der Corona-Zeit für die FDP-Liste für den Gemeinderat angefragt hat, war völlig offen, wie es im Tourismus weitergehen wird. Die Politik hat mich immer interessiert und ich habe auch immer sehr gern debattiert. Leider musste ich feststellen, dass sich das Reisen und das Unternehmertum nur schwer mit dem zeitlichen Aufwand für den Gemeinderat vereinbaren lässt. Oft habe ich mich verbogen und bin am Ende beiden Aufgaben nicht mehr gerecht geworden. Das habe ich sehr bedauert. Hut ab, Chapeau vor euch allen. Wer so viel Zeit und Herzblut für seine Stadt investiert, verdient sehr grossen Respekt und auch Dank. Wenn ich im Gemeinderat etwas ändern könnte, wäre es die Redezeit. Es ist zwar ein Parlament, aber bei Sitzungen bis knapp 23.00 Uhr – wir sind kurz davor – leidet die Qualität der Debatten und der Entscheidungen. Gewisse Fragen denke ich, könnten auch im Vorfeld geklärt werden. Ich habe sechs Jahre im Vertrieb einer sehr grossen IT-Firma mit über 100'000 Mitarbeitenden gearbeitet. Dort wurden wir intensiv geschult, unsere Argumente kurz und prägnant zu formulieren, weil es nämlich deutlich effizienter ist. Wer hier drin kennt einen Elevator Pitch? In 60 Sekunden dem Gegenüber seine Argumente aufzeigen und ihn von seiner Meinung überzeugen oder zumindest einen Denkanstoss geben. Ich habe diese Technik übrigens auch zu Hause bei meiner Tochter angewendet, und sie musste mir ihre Sonderwünsche ebenfalls so verkaufen. Tja, wir haben heute einen Hund zu Hause. Danke vielmals für die gemeinsame Zeit. Wenn der Löwen noch offen ist, seid ihr herzlich auf einen Drink eingeladen.

Die Ratspräsidentin: Liebe Gemeinderätin Cornel, ich möchte mich im Namen des Gemeinderats ganz herzlich für deine Mitarbeit und deinen Einsatz in den letzten Jahren bedanken und wünsche dir für deine Zukunft alles Gute.

11.5 Runder Tisch Asylempfangsstelle

GR Schulthess: Ich möchte gern wissen, ob es bereits ein Ergebnis aus dem runden Tisch Asylempfangsstelle Nummer 755 gibt, ausser einigen Kilos mehr beim Stadtpräsidenten.

GR R. Herzog: Ich bitte GR Schulthess, hier drin den Anstand zu wahren.

11.6 Budget Wärmeversorgung – weiteres Vorgehen

SR Beringer: Wie ihr wisst, hat die Verwaltungsabteilung Energie Kreuzlingen im Budget CHF 1 Mio. eingestellt, um Abklärungen bezüglich der Wärmeversorgung und des weiteren Vorgehens mit einer Wärmezentrale zu treffen. Wir hatten vor, dies im März mit einer Botschaft dem Gemeinderat vorzustellen. Aufgrund der Unsicherheiten bei der KVA, das haben wir bereits kommuniziert, geben wir zurzeit kein Geld für dieses Projekt aus. Deshalb hat der Stadtrat beschlossen, mit dieser Botschaft noch zu warten. Wir möchten zuerst wissen, was an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung herauskommt, wie sich die Delegierten entscheiden und wie die Delegierten zur neuen KVA stehen. Wenn wir das wissen, machen wir weiter oder suchen allenfalls eine Alternative. Am 13. Januar gab es zusammen mit der Führung der KVA und einem Exekutivmitglied von Konstanz und dem Gesamtstadtrat einen runden Tisch. Wir wollten bereits an diesem runden Tisch von der KVA klare Aussagen erhalten, wie es um die Transportleitung und die verschiedenen Problemfelder bezüglich Haftung besteht, die sie im Moment noch lösen muss. Dazu haben wir von der KVA eine vielversprechende Antwort erhalten, sodass der Stadtrat der Delegiertenversammlung zuversichtlich entgegenschaut. Aber solange wir keine Klarheit haben, werden wir in dieser Beziehung die Füsse stillhalten.

GR Salzmänn: Ich habe immer verstanden, dass das Projekt zwei Wärmequellen hat. Einerseits die KVA, andererseits die Seewasserwärme. Heisst das, bei der Seewasserwärme macht ihr nicht weiter, weil Unklarheit bei der KVA besteht? Das scheint mir nicht logisch zu sein.

SR Beringer: Es war schon immer vorgesehen, dass wir zuerst ein Fernwärmekonzept mit einer Fernheizzentrale für die Fernwärme machen und erst in einer zweiten Phase, wenn der Westen an die Reihe kommt, mit der Seethermie anzufangen. Die Prioritäten setzt der Stadtrat im Moment ganz klar auf die Fernwärme der KVA und nicht auf die Seethermie. Dasselbe gilt auch für Konstanz. Konstanz setzt auch ganz stark auf die Abwärme von der KVA.

11.7 Verhalten an Gemeinderatssitzungen

GR Merk: Ich bitte die Ratspräsidentin sowie das Büro, an der nächsten Sitzung zu besprechen, wie sie darauf reagieren möchten, wenn zum Beispiel Georg Schulthess unqualifiziert, total daneben Äusserungen herausposaunt und persönliche Angriffe macht. Ich finde es nicht okay. Es ist kein Social-Media-Kanal, wo man das Gefühl hat, es ist eine Art freier Raum, wo man um sich schlagen kann. Das geht aus meiner Sicht nicht. Ich habe keine Ahnung, ob man das sanktionieren muss oder sanktionieren kann. Ich würde mir wünschen, dass wir alle, wie Kollege Herzog es gesagt hat, den Anstand wahren und gewisse Grenzen einhalten. Sonst ist mir in einer Diskussion nicht wohl. Man kann über ein Problem unterschiedlicher Meinung sein, man kann meinetwegen auch immer wieder die gleichen Sprüche machen, die nicht lustig sind, aber es gibt aus meiner Sicht eine Grenze, und die wurde heute von dir deutlich überschritten.

Die Ratspräsidentin: Wir nehmen es ins Büro mit.

11.8 Postulat Unabhängige Personalbedarfsplanung der Stadtverwaltung Kreuzlingen

Die Ratspräsidentin: Das Postulat wurde eingereicht von GR Kuntzemüller und GR R. Herzog (Protokoll Beilage 2).

11.9 Schriftliche Anfrage Feuerschutz in Kreuzlingen und Revision des Feuerschutzreglement

Die Ratspräsidentin: Die schriftliche Anfrage wurde eingereicht von der MITTE/EVP-Fraktion (Protokoll Beilage 3).

Sitzungsende: 22.40 Uhr

Beilagen

1. Tischvorlage Ersatzwahl in die Kommission Traktandum 2.1
2. Postulat Unabhängige Personalbedarfsplanung der Stadtverwaltung Kreuzlingen
3. Schriftliche Anfrage Feuerschutz in Kreuzlingen und Revision Feuerschutzreglement

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Die Gemeinderatspräsidentin

Der Sekretär

Die Vizepräsidentin

Der Stimmenzähler

Sitzung des Gemeinderats vom 22. Januar 2026**Ersatzwahl in die Kommissionen (Traktandum 2.1)**

Von der Fraktion FDP wird folgender Vorschlag unterbreitet, gültig ab 23. Januar 2026:

Büro des Gemeinderats

Mitglied bisher	Silvia Cornel	neu	Markus Rügger
-----------------	---------------	-----	---------------

Geht an (per E-Mail)

- Gemeinderat
- Stadtrat
- Medien
- Kommunikation

22. Januar 2026 / Stadtkanzlei



Sozialdemokratische Partei
Kreuzlingen

Kreuzlingen, 22. Januar 2026

Postulat

Unabhängige Personalbedarfsplanung der Stadtverwaltung Kreuzlingen

Begehren

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, ob mit externer Unterstützung eine mehrjährige Personalbedarfsplanung erstellt und anschliessend laufend weitergeführt werden kann.

Begründung

In den vergangenen Jahren wurde in Kommissionen sowie im Rahmen der Budgetdebatten wiederholt über die Stellenprozente des Personals diskutiert, meist mit dem Fokus auf mögliche Einsparungen. Gleichzeitig ist die Stadt gewachsen und es sind neue Aufgaben und Herausforderungen hinzugekommen, die sich direkt auf den Arbeitsaufwand der Verwaltung auswirken.

Eine externe Analyse durch ein unabhängiges Unternehmen zeigt auf, in welchen Bereichen Einsparungen sinnvoll sind und wo zusätzliche Investitionen zugunsten der Stadt notwendig wären. Dadurch kann der tatsächliche Personalbedarf objektiv beurteilt werden. Die Finanzentwicklung wird über mehrere Jahre aufgezeigt, jedoch fehlt eine entsprechende Personalplanung, die erhebliche Auswirkungen auf den Finanzplan hat.

Der Stadt- sowie Gemeinderat erhalten so eine fundierte Grundlage für zukünftige Personal- und Budgetentscheide und die Diskussion über Stellenprozente kann auf einer transparenten und faktenbasierten Basis geführt werden.

Für die SP/GEW/JUSO-Fraktion Kreuzlingen

A blue ink handwritten signature.

Charis Kuntzemüller-Dimitrakoudis, Ruedi Herzog

A blue ink handwritten signature.

Schriftliche Anfrage der Fraktionsgemeinschaft Die Mitte/EVP gemäss Art. 49 Geschäftsreglement des Gemeinderates

Feuerschutz in Kreuzlingen und Revision des Feuerschutzreglements

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Sehr geehrte Stadträte

Der Brandschutz ist eine komplexe Materie mit einer Vielzahl von Beteiligten, vielfältigen Interessen und unterschiedlichen Zuständigkeiten. Die Stadt Kreuzlingen arbeitet aktuell weiterhin an der Revision des kommunalen Feuerschutzreglements, nachdem die ursp. vorgelegte Botschaft im Herbst 2025 eine Rückweisung durch den Gemeinderat erfahren hatte.

Die Feuerschutzgesetzgebung ist zudem für aktuelle städtische Liegenschaftsprojekte hochaktuell (insb. im Zusammenhang mit der Liegenschaft Seeburg). Vielfach unterliegen die Projekte jedoch der kantonalen Zuständigkeit im Bereich Feuerschutz.

Im Zusammenhang mit dem laufenden Revisionsprozesses des kommunalen Reglements und vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse bittet die Fraktionsgemeinschaft Mitte / EVP um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welcher Periodizität (z.B. kantonale Kontrollen alle 5 – 10 Jahre) finden aktuell kommunale Brandschutzkontrolle gemäss Art. 8 Abs. 1 Feuerschutzreglement («FSG») statt? Werden die Kontrollen mit schriftlichen Rapporten dokumentiert?
2. Entspricht der periodische Kontrollrhythmus der Realität bzw. bestehen Rückstände bei der periodischen Brandschutzkontrolle? Falls ja, in welchem Umfang und weshalb?
3. In welcher Höhe bestehen (i) bei der von der Stadt Kreuzlingen beauftragen Feuerschutzbeauftragten (Feuerschutzstelle) und (ii) bei der Stadt Kreuzlingen, im Zusammenhang mit potenziellen Haftungsfällen bei Schadensereignissen, Versicherungsdeckungen und in welchem Umfang bestehen Deckungseinschränkungen bei relevanten Risiken?
4. Welche Versicherungsdeckungssumme (in Berücksichtigung möglicher Schadenssummen) erachtet der Stadtrat als angemessen und welche (allfälligen zusätzlichen) Prämienbeiträge würde eine entsprechende Versicherungsdeckung verursachen?



5. Die kantonale Gebäudeversicherung kann mittels verwaltungsrechtlichen Vertrags die Aufgabe als kommunale Feuerschutzstelle übernehmen. Kreuzlingen hat von diesem Angebot gemäss unserem Verständnis keinen Gebrauch gemacht. Aus welchen Überlegungen hat sich der Stadtrat dagegen entschlossen?
6. Mit Blick auf die Fasnachtszeit wurden die Regelungen zur Fasnachts-Dekoration, basierend auf kantonalen und kommunalen Vorschriften, amtlich anfangs Januar 2026 publiziert. Die Firma SJB Frauenfeld nimmt im Auftrag der Stadt die Dekorationen ab. Wie viele Abnahmen fanden im Jahr 2025 und 2026 statt und finden diese Abnahmen (effektiv) direkt vor Ort statt? Werden schriftliche Rapporte zu Händen der Stadt erstellt?
7. Mit Blick auf Umbauten (insb. auch bei kleineren und mittleren Projekten, Umnutzungen etc.) müssen Bauherren, wo aufgrund des Projektes relevant, Fachpersonen für den Brandschutz beauftragen. Diese sogenannten QS Verantwortlichen Brandschutz analysieren für den Bauherren (vielfach als brandschutzrechtlicher Laie) die Situation und verantworten die Umsetzung der einschlägigen Vorschriften gegenüber den Bauherren und der Gemeinde.

Es fällt jedoch auf, dass diesfalls die QS-Verantwortlichen in ihren Brandschutzplänen und Konzepten regelmässig festhalten, dass «**bestehende brandabschnittsbildende Bauteile hinsichtlich des Feuerwiderstandes nicht untersucht**» oder «**bestehende Baustoffe nicht auf Konformität überprüft**» werden.

Die kommunale Feuerschutzbewilligung der kommunalen Feuerschutzbeauftragten / beauftragten Feuerschutzstelle erteilt im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens – basierend auf den Berichten der QS Verantwortlichen Brandschutz (inkl. den obigen Vorbehalten – regelmässig Feuerschutzbewilligungen mit den allgemeinen Hinweisen, welche Anforderungen an Baustoffe etc. zu erfüllen sind (für deren Einhaltung im Grundsatz der Bauherr verantwortlich ist). Ergänzt wird die kommunale Feuerschutzbewilligung mit dem gängigen Vorbehalt: «Mit den Baukontrollen übernimmt die kommunale Brandschutzbehörde keine Gewähr für die tatsächliche Einhaltung der Brandschutzvorschriften und namentlich keine Haftung für die Sicherheit der Baute.»

Unklar ist, ob in solchen Fällen bestehende Baustoffe bzw. bestehende brandabschnittsbildende Bauteile überhaupt von irgendeiner Stelle geprüft werden und wenn ja, durch wen. Mutmasslich führt dies dazu, dass auch nach Baukontrolle und Abnahme der Umbaute **nie eine effektive Überprüfung auf die brandschutzrechtliche Konformität stattfand** – dies entgegen dem Anschein, welcher gegenüber den Bauherren und Dritten erweckt wird.



Wie werden solche Fallkonstellationen in der Stadt Kreuzlingen gehandhabt und wie wird sichergestellt bzw. geprüft, dass auch bestehende Bauteile und Baustoffe die notwendige (allenfalls höhere) Konformitätsstufe aufgrund der Umnutzung einhalten?

Wir bedanken uns zum Voraus für Ihre Bemühungen und die Beantwortung.

Kreuzlingen, 22. Januar 2026

Freundliche Grüße
Fraktionsgemeinschaft Die Mitte/EVP

GR Zico Dubler

GR Daniela Zülle

GR Annina Be Nissa

GR Domenico Lorenzelli

Thomas Leuch

GR Caesar Andres

Handwritten text, possibly a signature or name, located in the lower-left quadrant of the page.

Handwritten text, possibly a signature or name, located in the lower-right quadrant of the page.